Troika abgewählt – Solidarität mit der griechischen Bevölkerung!

Die Wahl Syrizas an die griechische Regierung und die Koalition mit der rechtspopulistischen ANEL haben zu einer kontroversen Diskussion in der europäischen Linken geführt. Wie zur Regierung stehen? Was müssen wir jetzt tun? – Das sind die jetzt brennenden Fragen.

Wir veröffentlichen in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) Berlin, an welcher sich auch REVOLUTION beteiligt und laden alle Interessierten zur Diskussion zu diesem Thema ein.

Zusätzlich empfehlen wir noch diesen Artikel der Gruppe Arbeitermacht:
http://www.arbeitermacht.de/ni/ni196/griechenland.htm

Ersatzlose Streichung der Schulden – keine Zugeständnisse an Merkel/EU!

nao-prozess.de

Die Abwahl der Troika-Regierung hat innerhalb weniger Tage zu einer massiven Zuspitzung der politischen Krise der EU geführt. Mit deutlicher Mehrheit hat die griechische ArbeiterInnenklasse die Troika-Regierung der ND und Pasok abgewählt und damit ein deutliches Zeichen gegen die EU-Austeritätspolitik gesetzt. Die ND hatte vor der Wahl das Chaos an die Wand gemalt wie auch der deutsche Imperialismus schon den Begriff „Grexit“ (als Rauswurf Drohung) relativ schnell etablierte. Aber dies hat nichts daran geändert, dass Syriza die Wahl haushoch gewonnen hat. Die ehemalige

Mehrheitspartei Pasok ist inzwischen auf unter 5% abgestürzt, die Papandreou-Neugründung „Kidiso“ schaffte den Einzug erst gar nicht. Auf dem rechten Flügel verlor Anel fast die Hälfte ihrer Stimmen, während die faschistische Chrysi Avgi ihr Ergebnis halten konnte. Als neue Kraft kam die „Protestpartei“ Potami ins Parlament, die sich angeblich gegen das „Establishment“ richtet, aber in Wirklichkeit Teile des griechischen Kapitals mit Besitzern von privaten Medien- und Baukonzernen repräsentiert.

Der Wahlsieg von Syriza ist ein wichtiges Zeichen gegen die Sparpolitik und die Diktate der EU-Bürokratie und des deutschen Imperialismus. Die erste Reaktion der Herrschenden war noch vergleichsweise verhalten. Von „Grexit“ wollten Schäuble und Co. unmittelbar nach dem Wahldebakel ihrer Parteigänger in Griechenland nicht mehr sprechen, natürlich werde man mit der neuen Regierung „respektvoll“ umgehen, während man täglich Vertreter der EU-Institutionen sendet, um auf alle Fälle die Fortsetzung der Memoranden und der Troika-Politik zu sichern.

Doch die griechische Regierung leistet Widerstand. Innerhalb weniger Tage wurden wichtige Reformen beschlossen, die – auch wenn sie innerhalb der bürgerlichen Verhältnisse verbleiben – für Millionen eine echte Verbesserung ihrer Lage versprechen und für die Troika ganz und gar unakzeptabel sind: Mindestlohn von 751,- Euro, kostenlose Strom- und Gesundheitsversorgung für die Armen, Wiedereinstellung der Entlassenen aus dem Öffentlichen Dienst, Stopp der Privatisierung staatlicher Unternehmen …

Am Freitag, dem 30. Januar, kündigte der griechische Finanzminister sogar die Zusammenarbeit mit der Troika auf, nicht allerdings ohne im gleichen Atemzug die Bereitschaft von Syriza zur Zusammenarbeit mit den einzelnen kapitalistischen Institutionen EU, IWF und EZB zu betonen. Sein Ministerium deutete schon einmal an, auf „erträglichere“ 60 Prozent Schuldenstreichung aus zu sein, eine Rechnung, bei der weiterhin die Lohnabhängigen in Griechenland und anderswo zahlen müssten.

Jetzt wird international immer mehr von „Umarmung“ auf Erpressung und Hetze umgeschaltet. Das Troika-Diktat sei nicht verhandelbar, schließlich habe Griechenland „freiwillig“ zugestimmt. Gegen diese und kommenden

Angriffe müssen die griechische Bevölkerung und auch Syriza verteidigt werden, das Ende des Schuldendiktats, die ersatzlose Streichung aller Schulden eingefordert werden. Weder die griechische noch die europäische ArbeiterInnenklasse sollen den Schuldenberg bezahlen, sondern die Banken und Konzerne!

Neue Koalition – was sagt die Linke?

Für viele Außenstehende überraschend kam sicherlich die schnelle Koalitionsgründung mit ANEL gleich am ersten Tag der Verhandlungen. Wir lehnen diese Partei ab und sprechen uns gegen deren Regierungsbeteiligung aus. ANEL, als Abspaltung der ND seit 2011 im Parteiensystem dabei, ist eine antisemitische, rechtspopulistisch- nationalistische Kraft, die den Teil des griechischen Kapitals repräsentiert, der sich mehr Widerstand gegen EU und Deutschland wünscht. Ihre „Haltelinien" für die Koalition heißen „Kirche, Außenpolitik und Einwanderung". Diese Haltelinien müssen von der ArbeiterInnenklasse in Griechenland bekämpft werden. Dass der Vorsitzende der Anel, Kammenos, als einziger ANEL-Minister das Verteidigungsministerium erhalten hat, ist auch ein Hinweis darauf, dass das griechische Kapital insbesondere dort die Kontrolle aufrecht erhalten will, wo das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates liegt. Dies kann sich schon sehr bald gegen die ArbeiterInnenklasse richten und muss als Gefahr erkannt werden. Kammenos ist ein wichtiges Verbindungsglied zum griechischen Militär und zur NATO, seine nationalistische Ausrichtung könnte auch zu einer Konfrontation mit der Türkei, bspw. um Schürfrechte in der Ägais führen.

Jedes Herunterspielen der Bedeutung dieser Koalitionsbildung wäre für die Massen und für die anti-kapitalistische und revolutionären Linke fatal. Natürlich wird es Zugeständnisse an die orthodoxe Kirche und andere Reaktionäre geben. Die Flüchtlinge und MigrantInnen werden das als erste zu spüren bekommen – und sei es "nur" durch weitere Umsetzung des rassistischen Grenzregimes der EU. Die Koalition mit ANEL spaltet darüber hinaus die griechische ArbeiterInnenklasse und erleichtert es auch noch nachträglich der KKE (und Antarsya), ihre Weigerung zu rechtfertigen, eine Syriza-Regierung gegen die offen bürgerlichen Parteien zu verteidigen. Vor

allem aber bindet sie Syriza's Regierungspolitik an das Veto dieser erzreaktionären Partei. Zugleich dient die Koalition mit ANEL der Tsipras-Führung als Rechtfertigung für faule Kompromisse nicht nur mit der EU, sondern auch für „Entschuldigungen", wenn es um die sozialen Forderungen der ArbeiterInnenklasse geht. Diese Koalition desorientiert die Lohnabhängigen in Europa und erschwert den Aufbau von gewerkschaftlicher und internationalistischer Solidarität.

Syriza hatte durchaus eine Alternative: Eine Minderheitsregierung bilden und die KKE massiv unter Druck setzen, sie gegen die bürgerlichen Parteien zu unterstützen! Dies sehen auch viele griechische Linke ähnlich.

In den kommenden, unvermeidlichen Konfrontationen mit der Troika, dem griechischen Kapital, faschistischen Banden und den reaktionären Polizei- und Repressionskräften wird die Koalition mit ANEL zunehmend zu einem Fallstrick für die die Beschäftigten, die Arbeitslosen, die MigrantInnen, die unterdrückten Massen werden. Wir fordern daher den Bruch mit ANEL und den Rauswurf des Verteidigungsministers aus der Regierung.

Stattdessen treten wir für eine Syriza-Minderheitsregierung oder eine Koalition mit der KKE ein, die sich auf die Mobilisierung der Massen stützt. In den letzten Jahren ist die Bewegung auf der Straße und in den Betrieben stark zurückgegangen.

Die Mobilisierung für die Reformvorhaben der Regierung und darüber hinausgehende Forderungen auf der Straße, in den Stadtteilen und Betrieben ist aber notwendig gegen die zu erwartende Sabotage der Unternehmer, des Staatsapparates und der bürgerlichen Parteien. Die Reeder z.B. werden sicherlich alles tun, ihre Profite gegen etwaige Steuerforderungen der Regierung zu verteidigen. Die Kapitalflucht nimmt seit der Abwahl von Samaras bedrohliche Ausmaße an.

Es ist schwer vorstellbar, das der korrupte Staatsapparat willens ist, z.B. die Einhaltung von Mindestlöhnen zu kontrollieren, die Steuern bei den Reedern einzutreiben oder effektive Kapitalverkehrskontrollen durchzuführen.

Dazu müssen vielmehr die vorhandenen Ansätze zur Selbstorganisation

ausgeweitet und koordiniert werden, die Vermögen offengelegt, Banken und Unternehmen unter die Kontrolle der Beschäftigten gebracht werden.

Reformvorhaben wie der Mindestlohn, Besteuerung der Reichen, Entlastung der Armen und der Stopp der Privatisierungen sind begrüßenswert. Tsipras und die neue griechische Regierung versuchen dabei, die Gegensätze unter den herrschenden Klassen in der EU zur Durchsetzung eines keynesianischen Wirtschaftsprogramms auszunutzen, das sowohl die griechische Wirtschaft ankurbeln, die soziale Lage der Bevölkerung verbessern und längerfristig die Bedingung eines Teils der Staatsschulden sichern soll.

Aber diese Politik der Regierung wird sowohl im Inneren als auch im Verhältnis zur EU schnell an Grenzen stoßen. Eine neue Etappe des Klassenkampfs ist eröffnet und die Fragen der Macht rücken in den Vordergrund. Regierungsgewalt und tatsächliche Macht sind zwei gänzlich verschiedene Dinge. Ein Zusammenstoß ist unvermeidbar.

Wir wollen mit allen Kräften der anti-kapitalistischen und revolutionären Linken – ob nun in oder außerhalb von Syriza – möglichst eng politisch zusammenarbeiten, die diese Perspektive teilen. Dies schließt ein, Syriza gegen die herrschende Klasse in Griechenland und die Troika zu verteidigen und mit der griechischen und europäischen Linken einen
offenen Dialog über die Aufgaben der internationalen Solidarität und den Aufbau einer revolutionären, anti-kapitalistischen Kraft in Europa zu diskutieren. Der Wahlsieg Syrizas hat uns weder besoffen gemacht, noch stehen wir abseits, wenn es um die Verteidigung dieser Regierung gegen die reaktionären Kräfte in Europa und den deutschen Imperialismus geht.

Was tun in Europa – was macht die antikapitalistische Linke hier?

In Deutschland und ganz Europa müssen wir den Erpressungsversuchen, Drohungen und allen anderen Angriffen der EU, des IWF und der Regierung mit Protesten, Demonstrationen bis hin zu Streiks entgegentreten. Statt Neutralität müssen wir unsere Solidarität mit der Bevölkerung Griechenlands klar zum Ausdruck bringen und jede Erpressung der neuen Regierung durch EU und Banken bekämpfen.

Im Zentrum internationaler Solidarität sollte die Frage der ersatzlosen Schuldenstreichung stehen. Es ist offensichtlich, dass die Frage der Schulden Griechenlands eine Frage von elementarer Bedeutung insbesondere für die griechische Bevölkerung ist. Aber von einer konsequenten Regierung könnte das Problem sehr schnell gelöst werden. Erinnert sei an die russische Regierung 1917, die nach der Revolution alle Schulden, die der Zar während des I. Weltkriegs im Ausland gemacht hatte, annullierte. Uns ist natürlich klar, dass jede griechische Regierung in einem schwierigem Kräfteverhältnis operiert. Umso wichtiger ist die Unterstützung der internationalen Arbeiterbewegung und der linken Organisationen, die Isolation der griechischen Bevölkerung zu verhindern und ihre Niederlage zu verhindern.

Deswegen muss auch der Zusammenhang zwischen der Bildung einer neuen griechischen Regierung und den europaweit stattfindenden Klassenkämpfen insbesondere in Italien und Belgien, den Wahlen in Spanien und den anstehenden Kämpfen gegen das Sparprogramm in Frankreich hergestellt werden. Dies ist möglich, wenn wir einer europaweiten Anti-Krisenbewegung, auch in Deutschland, über die Solidarität mit Griechenland wieder Anschub geben und für eine antikapitalistische europäische Perspektive gegen das Europa von Kapital und Troika eintreten. Wir schlagen vor, dass die internationale Linke und Gewerkschaftsbewegung einen großen Kongress der Solidarität organisiert, auf dem praktische Schritte der Solidarität diskutiert und geplant werden.

Dabei sollten wir allerdings auch deutlich unsere Ablehnung des Koalitionspartner ANEL zum Ausdruck bringen. Es schadet der Solidaritätsarbeit, wie auch den antikapitalistischen Kräften insgesamt, würden wir uns über diese Partei ausschweigen oder diese gar wie Wagenknecht, Bartsch und Gysi mit „anderen Maßstäben“ messen und verharmlosen.

Das können wir tun, indem wir auch Syriza an ihre Versprechungen zur Flüchtlingspolitik erinnern, wir von ihnen erwarten, dass sie die EU Frontex-Politik ablehnen und damit einen Schritt gegen die rassistische „Festung EU“ unternehmen – im Widerspruch zur Politik von ANEL.

Und auch hier in Deutschland wollen wir die Solidaritätsarbeit und Anti-Krisenbewegung wieder beleben; hier öffnet sich jetzt ein Fenster für 2015, in dem Abwehrkämpfe kommen und die Hegemonie der Austeritätspolitik und des deutschen Imperialismus in Frage gestellt wird – daran müssen die ArbeiterInnenbewegunng, linke und antikapitalistische Kräfte arbeiten!

Dabei müssen wir auch gegen den durchsichtigen Versuch der Herrschenden in der BRD und EU mobilisieren, einen eventuellen Schuldenausfall Griechenlands auf die Lohnabhängigen abzuwälzen. Denn Schäuble und Co. haben es in der Vergangenheit geschickt verstanden, massiv die privaten Schulden auf öffentliche Institutionen umzuschichten. Wir sagen dagegen: Die Reichen, die Kapitalisten und Banken sollen die griechischen Schulden zahlen, denn sie haben in der Vergangenheit Griechenland ausgesaugt.

Wir rufen auch die europäische ArbeiterInnenbewegung, die europäische Linkspartei, Gewerkschaften und alle Anti-KapitalistInnen dazu auf, aktiv die Anti-Krisenbewegung zu unterstützen und in gemeinsamen Mobilisierungen die Solidarität mit Griechenland auszudrücken.

Eine Stellungnahme der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) Berlin

www.nao-prozess.de

REVOLUTION Österreich: Statement zu PEGIDA und Neonazi-Überfällen

Unsere GenossInnen aus Österreich haben ein Statement zu den Ereignissen in Wien am 02. Februar verfasst. Die Situation in der

österreichischen Hauptstatdt um den Dresdner PEGIDA-Ableger zeigt mit aller Deutlichkeit, welche Gefahr von dem Bündnis „besorgter BürgerInnen“, PatriotInnen, rechter Hooligans und FaschistInnen ausgeht: Rechtsradikales Gedankengut wird Spektren übergreifend in die Mitte der Gesellschaft gebracht und antifaschistischer Protest zum Feindbild erkoren. Da die beschriebenen Szenen stark an die Ereignisse des ebenfalls sehr agressiv und radikal auftretenden LEGIDA-Aufmarsches erinnern, wollte wir diesen Bericht veröffentlichen und damit auf die zunehmende Radikalisierung aufmerksam machen. Von diesen Bewegungen geht eine ernst zu nehmende Gefahr aus.

Für den Montag, den 2.2.2015, hatte sich auch in Wien eine Ausgabe der antimuslimisch rassistischen Bewegung „PEGIDA – Patriotische Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes“ angekündigt. Die Demonstrationen, die in mehreren deutschen Städten seit Wochen stattfinden, sind von Ort zu Ort sehr unterschiedlich, gehen von rechtspopulistischen Massenaufmärschen bis hin zu Nazi-Hooligan-Ausflügen mit niedriger Teilnehmer_innenzahl. Gegen den geplanten Aufmarsch in Wien organisierten wir als Teil der „Offensive Gegen Rechts“ eine Massendemonstration, zusammen mit muslimischen Verbänden und nahmen später an den Kundgebungen direkt an der Route teil. PEGIDA kam jedoch gar nicht so weit, weil etwa 300 Antifaschist_innen direkt an der Freyung den Abmarsch verhinderten und die Auflösung der Kundgebung erzwangen. Danach kam es jedoch zu massiver Repression gegen die Blockierenden, Polizeiübergriffen auf Journalist_innen und auch zu Neonazi-Überfällen in der Innenstadt. Auch eine Reihe REVOLUTION-Aktivist_innen wurden von einer Überzahl Hooligans angegriffen.

Wie schon erwähnt sind die PEGIDA-Demonstrationen alles andere als einheitlich, reichen vom rechtspopulistischen Rassist_innen-Spektrum bis zu Aufmärschen der Naziszene. Gemeinsam haben sie alle einen völkischen Rassismus (zumeist getarnt als „Ethnopluralismus“), der Menschen das Recht, an einem Ort zu leben, nehmen will, weil sie der falschen „Ethnie“, Religion oder Kultur zugerechnet werden. Der antimuslimische Rassismus

bei dem PEGIDA besonders gerne den Islam mit einer „Religion des Terrors“ gleichzusetzen versucht ist nur eine Maske für weiter gehende reaktionäre Ideologien. [1] Innerhalb dieses Konsens kommt es aber auch zu massiven Interessenskonflikten, beispielsweise zwischen den bürgerlichen Rechten um Kathrin Oertel, die in Dresden das Ruder übernommen haben um ihre eigene politische Karriere voranzutreiben und rechtsradikalen Aktivist_innen, die bürgerlich-demokratische Freiheiten im Prinzip abschaffen wollen. An diesen Interessensunterschieden zerbrechen im Moment auch Teile der deutschen PEGIDA.



Hitler- und Kühnengruß, österreichische und deutsche Nationalflaggen, rassistische Parolen: PEGIDA Wien zieht alle Register um zu verdeutlichen, wer hier politisch den Ton angibt

In Wien war die Lage dafür sehr klar. Auf dem „Spaziergang“ stellten Neonazi-Hooligans aus dem Umfeld von „Unsterblich“ und der „Alten Garde“, Mitglieder des Hooligan-Zusammenschluss „Eisern Wien“ und die rechtsradikalen Identitären große Teile der Teilnehmer_innen. Außerdem waren wohl steirische, oberösterreichische und slowakische Rechtsradikale aus dem Fußball-Spektrum, einige Abtreibungsgegner_innen und einige aus dem rechten Flügel der FPÖ vor Ort. Mit dem pseudo-friedlichen Bild der „besorgten Bürger_innen“ hatte dieser Haufen nichts gemein: Innerhalb kürzester Zeit kam es zu Hitlergrüßen [2], Kühne-Grüßen, antisemitischen Sprechchören wie „Wer nicht hüpft der ist ein Jude“ oder „Wir feiern 70 Jahre Auschwitz“. Der Sprecher der Wiener PEGIDA, Georg Immanuel Nagel, fällt seit Jahren mit rechtsradikalen Aktivitäten der zweiten Reihe und neonazistischer Propaganda auf. Bisher war er nicht als Führungsfigur der Rechten aufgefallen, dafür aber als Netzwerker und Organisator tätig, zum Beispiel mit der Veranstaltungsreihe „Kräfte//Balance“ die immer wieder mit Nazi-Symbolen wirbt. Mit seinem Geschäftspartner von „Kräfte//Balance“, „Mijk“, hatte er auch einen in der Wiener FPÖ gut vernetzten Kollegen zur Seite stehen, auch den „Identitären“ steht Nagel nahe. [3]

Dass PEGIDA nicht marschieren konnte ist in erster Linie den Massenblockaden von Antifaschist_innen zu verdanken. Was die antifaschistischen Proteste gegen den Akademikerball und den Aufmarsch der „Identitären“ am 17. Mai gezeigt haben, hat sich auch hier wieder bewahrheitet: Gemeinsame Massenaktionen können die Faschist_innen stoppen. Der politische Sieg gelang bestimmt durch die Massendemonstration, bei der diejenigen, auf die PEGIDA eintreten will – nämlich die muslimischen Arbeiter_innen und Unterdrückten – aufstanden und sich zur Wehr setzten. Gegen 250 „PEGIDAs“ protestierten 5000 – 7000 Antifaschist_innen, darunter viele Migrant_innen. [4] Dass die Rechten aber nicht marschieren konnten ist eine weiter gehende und wichtige Botschaft, ein Erfolg, an den wir anknüpfen müssen.

Die Polizei zeigte mit 1200 eingesetzten Beamt_innen, dass sie bereit war sehr viel zu tun um Antifaschist_innen zurückzudrängen und die Rechten zu schützen. Mehrere angemeldete Kundgebungen (bei Michaelerplatz und Tuchlauben/Bognergasse) wurden verlegt und zurückgedrängt. Den Blockierenden von der Freyung, die Auge in Auge mit den Rassist_innen standen drohen Anzeigen wegen Verhinderung oder Störung einer angemeldeten Versammlung (§284 und §285 StGB) – typischen Gummiparagraphen die zur Unterdrückung fortschrittlicher Aktionen verwendet werden. Auch Journalist_innen wurden abgeführt und am Berichterstatten ebenso gehindert, wie am Verlassen der Veranstaltung. [5] Die massive Repression zeigt deutlich, auf welcher Seite die Polizei steht, die die zahlreichen Verstöße gegen das Verbotsgesetz nicht geahndet hat und auch bei den Übergriffen auf Antifaschist_innen beide Augen zudrückt. Wir sind natürlich solidarisch mit allen die wegen antifaschistischem Widerstand kriminalisiert werden.

Nach der Auflösung der Demonstration kam es in der Innenstadt zu Jagdszenen, Morddrohungen und schweren Körperverletzungen durch Hooligan-Horden. Auch die Genoss_innen von REVOLUTION wurden angegriffen. Ein kurzer Angriff von 5 – 10 teilweise Vermummten auf der Wipplingerstraße endete mit dem Rückzug der Hooligans. Die Polizei stand mit mehreren Kleinbussen und Blaulicht in Sichtweite, schritt jedoch nicht

ein. Knapp nachdem die Polizei in Richtung Juridicum an unserer Gruppe vorbeigefahren war, griff eine größere Gruppe von etwa 50 Männern schreiend und mit Flaschen und Dosen werfend an. Auf der Flucht wurden zwei junge REVOLUTION-Aktivistinnen am Passauer Platz zu Boden geschlagen und weiter getreten. Drei Genossen wurden ins Gesicht geschlagen und auf der Flucht wurde ihnen ein Verkehrsschild die Treppe hinunter nachgeworfen. Die Angreifer_innen riefen sowohl Slogans gegen Links („Antifaschisten schützen Salafisten", „Weg mit der Antifa!") als auch homophobe Beschimpfungen und Drohungen („Ich bring euch um, ihr Schwuchteln!"). Die Aktivist_innen, die sich in Hauseingänge zurückziehen konnten wurden nach Ankunft der Polizei noch einmal von Rechten angepöbelt, als sie den Ort verlassen wollten. Zwei REVOLUTION Mitglieder mussten, nachdem die Nazihooligans wieder abgezogen sind, von der Rettung ins Krankenhaus gefahren werden. Beide sind bereits wieder aus dem Krankenhaus draußen und entsprechend wohlauf.

Die massive rechte Gewalt, der diesmal unsere Genoss_innen zum Opfer fielen, zeigt den Charakter der PEGIDA in Wien klar auf. Dort waren vor allem gewaltbereite Hooligans, die nicht friedlich demonstrieren wollen, sondern linke Aktivist_innen, Migrant_innen und LGBTQ-Personen „aus dem Weg räumen" wollen. Dies zeigt auch auf, weshalb es so wichtig ist ihnen keine Plattform in Wien zu bieten und nicht zuzulassen, dass sie auf ihren Märschen politische Nachrichten anbringen oder neue „Kamerad_innen" anwerben können. Die Spaziergänge der PEGIDA in Dresden sind fruchtbare Plattformen für Neonazi-Propaganda und rechtsradikale Hetze, weil ihr Hass salonfähig gemacht wird. In Wien war es aber eine einzige Machtdemonstration von Faschist_innen und ihren versprengten „demokratischen" Feigenblättern. Umso wichtiger ist es jetzt, den antifaschistischen Widerstand und auch den antifaschistischen Selbstschutz zu organisieren.

Wir lassen uns nicht einschüchtern und wir weichen nicht zurück – weder vor Polizeirepression noch vor Nazigewalt. Solidarität mit allen Betroffenen – wir bleiben offensiv!

http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/hogesa-pegida-kagida-viele-rassistische-gesichter/

[2] https://twitter.com/JChristandl/status/562313428082364417/photo/1

http://www.krone.at/Oesterreich/Pegida_Tumulte_statt_Spaziergang_in_Wien-Aufgeheizte_Stimmung-Story-437335 ab Minute 01:05

https://wientv.org/erste-pegida-demo-wien-von-antifaschistinnen-verhindert-0 ab Minute 00:36

[3] http://neuwal.com/index.php/2015/01/27/die-fluegel-der-pegida-wien/

http://www.vice.com/alps/read/pegida-wien-nagels-reichsadler-und-die-rechten-gewaltfantasien-675

[4] http://derstandard.at/2000011200317/Pegida-Demonstration-in-Wien-350-Fans-5000-Gegner

[5] http://derstandard.at/2000011224099/Pegida-Demo-Abgefuehrt-aus-dem-Pressekessel

---

Gegen Krise, Krieg und Kapitalismus – Auf zur SIKO!

Am 07. Februar findet wie in den vergangenen Jahren die „Sicherheitskonferenz“ (SIKO) in München statt. Alljährlich wird dabei der Tagungsort, das Hotel Bayerischer Hof, von Bullen und Spezialeinheiten aus den einzelnen Bundesländern abgeriegelt. In der gesamten Münchner Innenstadt herrscht deshalb Ausnahmezustand und die Bewegungsfreiheit

wird auf ein Minimum reduziert. Die SIKO ist das weltweit größte Treffen von Politikern, Militärs, Geheimdiensten, Polizei und Industriellen, rund um das Thema Sicherheitspolitik. Ziel ist die Wahrung von Machtinteressen der führenden Industrienationen.

Die Sicherheit weniger ist nicht die Sicherheit aller

Auf der SIKO geht es um das Thema „Sicherheit weltweit“. Hiermit ist jedoch nicht die Sicherheit der Bevölkerung gemeint, sondern die der Großkonzerne, Banken und Staatsführungen. Der Platz an der Spitze bedeutet Reichtum und Macht. Durchgesetzt wird dies mit einem monströsen Sicherheits- und Repressionsapparat. In Deutschland beispielweise besteht dieser aus diversen Polizeieinheiten und paramilitärischen Spezialeinheiten wie dem bayrischen USK, dem SEK, die Bundeswehr und Geheimdienste wie der BND oder der Verfassungsschutz. Man tauscht Informationen aus, analysiert die Weltlage, setzt gemeinsame Ziele und plant Militäroperationen wie etwa den seit nunmehr 13 Jahren andauernden „Krieg gegen den Terror“. Als gemeinsame Gefahrenlage wird auch die Verknappung von Ressourcen, Energie und Trinkwasser angesehen oder der Kampf gegen das Aufbegehren der eigenen Bevölkerung.

Neben Politikern aus der ganzen Welt, treffen sich bei der SIKO auch Wirtschaftslobbyisten und Vertreter_innen der Rüstungsindustrie, um die neueste Waffentechnik vorzustellen und Rüstungsgeschäfte zu machen. Auf der letztjährigen Eröffnungsrede rief Joachim Gauck, Bundespräsident und „Friedenspastor“ Deutschland dazu auf, wieder mehr Verantwortung und Teilnahme am politischen Weltgeschehen zu übernehmen. Auch der Einsatz der Bundeswehr solle nicht kategorisch ausgeschlossen werden. Für Deutschland als Wirtschaftsgroßmacht ist es unumgänglich sich ebenfalls Einflusssphären, Rohstoffquellen und Absatzmärkte zu sichern – Das hat Gauck klar erkannt. Auch Krieg unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe ist ihm dabei ein legitimes Mittel.

Dies verdeutlicht einerseits, dass Deutschland seinen Einfluss in der Weltpolitik halten und ausbauen will und andererseits dass sich der innerimperialistische Konkurrenzkampf massiv verschärft hat. Hier geht es

nicht um den Wettstreit in Europa, bei dem Frankreich und Italien mehr und mehr abgehängt werden, sondern der Nationen weltweit. Seit Beginn der Krise 2007/2008 zeigt sich vor allem eines deutlich: Die imperialistischen Staaten und mit ihnen die Bourgeoisie als herrschende Klasse, sind nicht mehr in der Lage die Widersprüche, die der Kapitalismus erzeugt, auf eine Weise zu lösen, die für alle Beteiligten zufriedenstellend ist.

> REVOLUTION, mitten drin statt nur dabei: Auf die Straße für den internationalen Kommunismus aller staatlichen Unterdrückung zum Trotz!

Es geht um die Absteckung der Einflussgebiete auch deswegen, weil die alten dominierenden Kräfte wie z.B. Japan oder Russland zunehmend ins Straucheln geraten. Ihnen entgleitet zusehends der Machtanspruch über Länder die noch vor wenigen Jahren von ihnen ökonomisch abhängig waren. Mit dem rasanten Aufstieg des chinesischen Imperialismus kommt ein neuer Konkurrent hinzu. China setzt auf eine Mischung aus staatlich rigide kontrolliertem Wirtschaftswachstum und der Öffnung hin zu ausländischen Kapitalmärkten. Dieser aufstrebende Imperialismus fordert alle anderen etablierten Imperialisten wie etwa die USA, Großbritannien oder auch Deutschland heraus und beansprucht eine Führungsrolle. China will sich als neuer Gegenpol des US-Imperialismus und dessen Hegemonialstellung etablieren. Die Führung Chinas wird in diesem Wettstreit als wichtiger strategischer Bündnispartner angesehen, besonders im asiatischen Raum.

Die Krisen der Welt treffen den Imperialismus

Die Neuaufteilung der Welt unter den diversen imperialistischen Weltmächten bleibt jedoch nicht ohne Konsequenzen. Der Irakkrieg und der letztliche Truppenabzug der USA 2011 schufen ein Machtvakuum und hinterließen das Land in einem Bürgerkrieg zwischen den islamischen Strömungen der Sunniten und Schiiten. Die durch den US-Imperialismus eingesetzte Marionettenregierung unter Präsident Nuri al Maliki (schiitischer

Machthaber und Nachfolger Saddam Husseins) unterdrückte die sunnitische Bevölkerung im Irak rigoros. Der fundamentalistische Flügel gewann in diesem Machtkampf an Einfluss und der „Islamische Staat“ (IS) bildete sich. Auch der seit 2011 anhaltende Bürgerkrieg in Syrien und die schwindende Macht und Kontrolle von Assad über das Land leisteten ihren Anteil am Erstarken des IS. Die Gruppe brachte den Nordirak und halb Syrien unter seine Kontrolle und erbeutete beachtliche Waffenreserven der irakischen Armee – moderne US-Waffen. Der IS ist nun ein Machtfaktor der für Syrien, den Irak und die Türkei eine wichtige Rolle spielt in der Unterdrückung des selbstverwalteten kurdischen Gebiets Rojava. Seit vergangenem Herbst kämpfen die Truppen der kurdischen Selbstverteidigungseinheiten (YPG/YPJ) gegen die Eroberung durch die islamistischen Klerikal-Faschisten des IS: Die Stadt Kobane ist zum Symbol des Widerstandes geworden.

Gleichzeitig sorgte auch der arabische Frühling dafür, dass die USA in der arabischen Welt wichtige Verbündete wie z.B. den ägyptischen Diktator Mubarak oder den libyschen Diktator Gaddafi verloren bzw. am Ende wegbombten. Gaddafi stellte für die EU einen hilfsbereiten Partner dar, wenn es darum ging, Flüchtlinge an der Überfahrt über das Mittelmeer zu hindern. Libyen wurde dafür von EU-Staaten großzügig mit Waffen versorgt.

Der Konflikt in der Ukraine und der seit einem Jahr andauernde Kampf der ostukrainischen Bevölkerung gegen die faschistischen Mörderbanden aus Kiew, verdeutlicht den Interessenkampf zwischen Russland, den USA und der EU. Hier geht es vor allem darum, dem russischen Imperialismus einen Schlag zu versetzten, sich gleichzeitig einen neuen Absatzmarkt zu erschließen, sowie billige und leicht auszubeutende Arbeitskräfte zu sichern. Die politische Führung in der Ukraine mit Staatspräsident Poroschenko an der Spitze, bringt massive Kürzungen und Spardiktate der EU auf den Weg, um einem drohenden Staatsbankrott zu begegnen. Die dortige Arbeiter_innenklasse verarmt jedoch massiv, ist nun in einer ähnlichen Situation wie beispielsweise Spanien und Griechenland.

Ein Feind, ein Kampf: Der Imperialismus muss zerschlagen werden!

Diese Auseinandersetzungen im Zuge der Interessenskämpfe der

Industrienationen führen dazu, dass Menschen zu Flüchtlingen werden und entweder vor dem Grauen des Krieges fliehen oder emigrieren müssen, weil sie zu einer Generation gehören, die bereits jetzt perspektivlos und ohne Arbeit ist. Die Antwort der Kapitalist_innen auf die zunehmenden Flüchtlingsströme aus den Krisenländern der Welt ist Abschottung und Repression. So wurde der europäische Grenzschutz FRONTEX ebenfalls auf der SIKO ins Leben gerufen. Auch die Totalüberwachung (NSA), deren Auffliegen vor etwa eineinhalb Jahren zeigte, wie umfassend die Bevölkerung ausgespäht wird, kann zu dieser Liste gezählt werden.

Die zunehmende mediale Hetze gegen den Islam kann als Legitimierung einer aggressiveren Außenpolitik, sowie als ein gewolltes Verbindungselement der sich zunehmend entfremdenden Staaten der EU angesehen werden: Der gemeinsame Feind Islamismus. Rechte Kräfte gewinnen dadurch an Einfluss wie die Front National in Frankreich oder die islamfeindlichen PEGIDA-Demonstrationen im deutschsprachigen Raum. Mit dem griffigen Slogan „Kriminelle Ausländer raus“ gibt man sich den Eindruck der Rechtmäßigkeit und greift dabei nur den offenen Rassismus von rassistischen, faschistischen Parteien wie ‚Die Rechte‘ oder der NPD auf.

Dazu kommt die antimuslimischer Rassismus der Bourgeoisie, wie z.B. von DER SPIEGEL, welcher mit diversen Leitartikeln („Deutschland das stille Mekka“ oder „Der Koran – das gefährlichste Buch der Welt“) sich schon einen Wettkampf mit rechten Verschwörungsblättern wie dem Compact Magazin liefert.

Die durch die Krise in vielen Ländern massiv angewachsene Arbeitslosigkeit raubt den Menschen die Perspektive und verunsichert sie. Doch gerade jugendliche und junge Erwachsene standen und stehen bei den Kämpfen gegen die Krisenlösungsmodelle (soziale Kürzungen, Arbeitsplatzabbau und Deklassierung breiter Schichten der Bevölkerung) der herrschenden Klasse und dem einhergehenden Rassismus in der ersten Reihe. Besonders Jugendliche sind am meisten von der Krise
betroffen und machen den Großteil der Arbeitslosen in Europa und weltweit aus. Sie fliehen vor Bürgerkriegen, Arbeitslosigkeit, Hunger und Verfolgung und lassen dabei meist ihr ganzes Leben zurück.

Unser Ziel im Kampf gegen diese Verhältnisse lautet daher, sich nicht durch die herrschende Klasse in Migrant_innen/“Einheimische“ oder anhand von religiösen Trennlinien spalten zu lassen. Unser Ziel ist der Aufbau einer internationalen, revolutionären Jugendorganisation, die die Kämpfe in den einzelnen Ländern verbindet und zu einem gemeinsamen Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse führt. Wir treten für den Aufbau einer internationalen Arbeiter_innenpartei ein, um die Kämpfe der Arbeiter_innen zu koordinieren und dem imperialistischen Ausbeutermodell einen internationalen Sozialismus entgegen zu halten. Unser gemeinsamer Feind ist die Bourgeoisie! Der internationalen Interessenspolitik der SIKO müssen wir eine Antwort entgegensetzen: Mit dem Aufbauprozess der Neuen Antikapitalistischen Organisation NAO wollen wir die Spaltung der radikalen Linken in Deutschland überwinden, mit dem Ziel eine revolutionäre Arbeiterpartei zu erschaffen, die diesem Kampf gewachsen ist.

Deshalb rufen wir dazu auf euch an der Demo gegen die SIKO zu beteiligen.

Samstag, 07. Februar 2015 13:00 Uhr Marienplatz, München

- **Schluss mit den Massakern in der Ostukraine und in Kurdistan! Solidarität mit den Kämpfern von YPJ/YPG und den Genoss_innen von Borot’ba!**
- **Weg mit dem Verbot der PKK! Freilassung aller Gefangenen der PKK! Biji Azadi, Biji Rojava!**
- **Zerschlagung aller Geheimdienste, der Bundeswehr, der NATO und FRONTEX!**
- **Offenlegung aller Geheimdienstakten, egal ob vom Verfassungsschutz oder der NSA!**
- **Unterstützt die Kampagne Waffen für Rojava! Weitere Infos unter www.waffenfuerrojava.org**
- **Organisiert den Kampf im „Herzen der Bestie“, dem deutschen Imperialismus! Mach mit bei REVOLUTION!**
- **Zusammenarbeit der Arbeiter_innenklasse und der Jugend statt kapitalistischem Konkurrenzkampf!**

Ein Aufruf von REVOLUTION Germany

Terroranschlag auf Charlie Hebdo – Nein zu Rassismus und “demokratischer” Heuchelei!

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir hierzu bereits eine Stellungnahme des Sekretariats der Liga für die Fünfte Internationale (http://www.onesolutionrevolution.de/international/charlie-hebdo-islamistischer-terrorismus-republikanischer-rassismus/) Diese hier stammt nun von der NaO Berlin.

nao-prozess.de

Der Terroranschlag vom Mittwoch, dem 7. Januar auf die Satirezeitschrift Charlie Hebdo in Paris, dem 12 Menschen zum Opfer fielen, erschüttert uns. Der Anschlag richtete sich gegen eine Zeitschrift, die u.a. für ihre umstrittenen Karikaturen von Religionen unterschiedlicher Konfessionen bekannt war. Die Tat, die wahrscheinlich von islamistischen Terroristen begangen wurde, war fraglos ein reaktionärer Akt, der durch nichts zu rechtfertigen ist. Unsere Anteilnahme gilt den Angehörigen der Opfer.

Doch der Anschlag hat nicht nur Millionen erschüttert, er hat auch ein politisches Erdbeben in Europa ausgelöst. Er zeigt die reaktionären Wirkungen des individuellen Terrorismus. Die französische und europäische „bürgerliche Öffentlichkeit“ stellt den Anschlag als Angriff auf die „Meinungsfreiheit“ dar. Mit anti-muslimischem Rassismus und Imperialismus hätte er nichts zu tun. Doch allein die Reaktion rechter und rechtsradikaler Kreise straft eine solch vereinfachte Sicht Lügen.

Schon vor dem Attentat gab es in Frankreich laut französischen Medien zwei

Angriffe auf Moscheen mit Schusswaffen und Granaten. In den vergangenen Monaten brannten auch in Deutschland und Schweden Moscheen. Die europäische Rechte spürt Wind in ihren Segeln und hofft, von der Empörung über das Attentat profitieren zu können. Welch widerliches Schauspiel, welch ein Hohn für die Opfer und ihre Hinterbliebenen. Vor allem aber: Welche bedrohlichen Folgen auch für die migrantischen und muslimischen Gemeinden, für die Linke und ArbeiterInnenbewegung!

Fest der Heuchelei

Auch die Reaktionen der französischen Regierung und der deutschen Politik sind an Heuchelei kaum zu übertreffen. Frankreichs Präsident Hollande ließ nicht nur verlauten, dass er den Terroranschlag als einen *„Angriff auf die gesamte Republik*" verstanden wissen wolle. Er sei auch ein Angriff auf *„die Ideale von Frieden und Gerechtigkeit, die Frankreich auf der internationalen Bühne umzusetzen versuche. (…) Diese Botschaft von Frieden und Toleranz, die wir auch mit unseren Soldaten gegen Terror und Fundamentalismus verteidigen.*"

Hier werden nicht nur Geschichte und Gegenwart des französischen Imperialismus mit Kolonialismus und Kriegen auf dem afrikanischen Kontinent und in der arabischen Welt, der fortwährend tausende Menschen ermordet und Millionen in Armut hält, zu einer Geschichte des Friedens und der Toleranz umgedichtet. Es ist auch eine Drohung, diesen Würgegriff nach Außen und Innen mit militärischer Gewalt zu verstärken.

In die gleiche Kerbe schlug auch Bundespräsident Gauck, als er sagte, dass der Terroranschlag ein *„Angriff auf die Freiheit der Franzosen, der Europäer und der freien Gesellschaft*" wäre. Die freie Gesellschaft, nach Gauck natürlich ein Privileg der westlichen Zivilisation, müsse verteidigt werden. Auch er zieht eine klare Frontlinie zu allen Nationen und Menschen außerhalb dieser „freien Gesellschaft". Sogar die Tagesschau verwies immerhin darauf, wie sozial benachteiligt und rassistisch unterdrückt MigrantInnen in den Banlieus der „freien Gesellschaft" Frankreich sind. Letztlich schafft der Imperialismus mit seiner Weltordnung selbst immer wieder die Bedingungen, die auch zu solchen verzweifelten wie sinnlosen

Akten von „Protest“ und „Widerstand“ führen.

Überhaupt sind diese lupenreinen „Demokraten“ auch so „frei“ eindeutige Schlüsse über Motive und Zugehörigkeit der Täter zu schließen, wenn selbst viele Journalisten und an der Untersuchung Beteiligte kritische und bisher unbeantwortete Fragen aufgeworfen haben. Auch werden vollkommen willkürlich politischer Islam, islamischer Fundamentalismus und islamistischer Terror – allesamt reaktionäre Ideologien – jedoch mit unterschiedlicher Anhängerschaft und unterschiedlichem Charakter in einen Topf geworfen. Die extreme Rechte spart sich gleich alle diese Unterscheidungen und hetzt direkt gegen den gesamten Islam.

Daher wird auch nicht in erster Linie die reale Gefahr einer weiteren Zuspitzung des anti-muslimischen Rassismus benannt, sondern von allen bürgerlichen Regierungen die „nationale Einheit“ beschworen. Diese zielt jedoch nicht einfach auf die Verteidigung demokratischer Rechte ab, die auch wir SozialistInnen verteidigen. Sie zielt auf eine klassenübergreifende „nationale Einheit“ zur Verteidigung des Imperialismus und der bürgerlichen Herrschaft. So wird aus einem reaktionären Terroranschlag eine fiktive Gefahr konstruiert, um eine ihrem Charakter nach reaktionäre Bewegung ins Leben zu rufen. Die rechtspopulistischen Bewegungen und faschistischen Organisationen gehen ihrerseits einen Schritt weiter und ignorieren die demokratische Facette. Sie suchen direkt den offenen Konflikt mit der gesamten migrantischen und muslimischen Bevölkerung – ebenfalls im Namen der Nation.

RevolutionärInnen und Anti-KapitalistInnen müssen diese Offensive der „nationalen Einheit“ und der Volksfront, die im säkularen Frankreich ironischerweise unter dem Slogan der „union sacrée“ (Heilige Union) daherkommt, entschieden ablehnen! Dieser Versuch, die Einheit der „bürgerlichen Demokraten“ zu beschwören, muss unweigerlich die Initiative der ArbeiterInnenbewegung, der migrantischen, muslimischen Bevölkerung und der Linken sowohl gegen Fundamentalismus, die erstarkende Rechte, als auch die imperialistische Innen- und Außenpolitik ersticken. Die Politik der „Nationalen Einheit“ schwächt in jedem Fall die Linke und wird die Rechte stärken.

Der französische Journalist Julien Salingue stellte richtig fest, dass das *„Französische Modell des Zusammenlebens*“ nicht angegriffen wurde. Dieses “*Modell*” ist ein Mythos, um den strukturellen Rassismus in Frankreich zu vertuschen. „*Niemand*“, so Salingue weiter, *„wird mich zwingen, das Gesicht der `Barbarei`, die bedroht ist, zu verteidigen. Nein, `republikanische Einheit`, rassistische Kräfte und selektive Empörung sind keine Antwort, und niemand wird mich zwingen, meine Stimme den Berufspolitikern aller Art zu geben.*“

Wir treten für die gemeinsame Mobilisierung von linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen den Rassismus ein. Die Einheit zur „Verteidigung des Säkularismus“ oder „der Demokratie“ mit offen bürgerlichen Parteien lehnen wir ab.

Eine Einheitsfront gegen den Rassismus wird bitter nötig sein. Der erste Schlag müsste sicherlich gegen die erstarkenden rechten Mobilisierungen gerichtet werden. Aber die Regierungspolitik in Frankreich und Deutschland, die in letzter Instanz durch ihre imperialistische Außenpolitik, ihre arbeiterinnenfeindliche und rassistische Innenpolitik erst den Nährboden sowohl für die rechten Bewegungen, als auch das Erstarken islamistischer Organisationen schafft, muss herausgefordert werden. Es ist zu erwarten, dass sich Organisationen wie die rechtsradikale „Front National“, aber auch Kräfte wie PEGIDA und die AfD, die bereits einen Tag nach dem Anschlag einen Schulterschluss herstellten, nicht nur stärken, sondern auch radikalisieren. Solange sie ihr Ziel, die Regierungsmacht, nicht erreicht haben, werden sie versuchen, die aktuellen Regierungen zu reaktionären und undemokratischen Gesetzen zu drängen. So forderte die FN-Vorsitzende Marine Le Pen nach dem Anschlag die Widereinführung der Todesstrafe. Auch in Deutschland wurden sofort Stimmen nach Verschärfung von Anti-Terrorgesetzen, Schleierverbot und der Abschaffung demokratischer Rechte laut.

Natürlich sind islamistisch-fundamentalistische und klerikal-faschistische Regime in gewissen Regionen eine Gefahr. Wir sehen dies in Syrien und Irak, wo der Islamische Staat mit barbarischer Gewalt gegen die Bevölkerung vorgeht und das Recht von nationalen, ethnischen und religiösen

Minderheiten mit Füßen tritt. Reaktionäre jihadistische Bewegungen sind auch in Ländern wie Nigeria und Pakistan eine tagtägliche Bedrohung für die Bevölkerung. Wir sehen das auch in den mit der EU verbündeten Staaten der arabischen Halbinsel, die brutal jede demokratische Forderung ersticken. Deshalb unterstützen wir fortschrittliche KämpferInnen wie in Kobanê im Kampf gegen diese Regime – verbunden mit einer sozialistischen Perspektive.

Doch Angriffe auf demokratische Rechte in Europa versetzen nicht diesen Regimen einen Schlag, sondern richten sich gegen die ArbeiterInnenbewegung und führen zu rassistischen Spaltungen in der ArbeiterInnenklasse.

Wir spielen dieses Spiel nicht mit! Wir wissen: Es sind imperialistische Länder wie Frankreich und Deutschland, welche Regionen, wo der Islamismus erstarkt ist, in den Abgrund getrieben und mit Krieg überzogen haben, um dort ihre Profit-Interessen durchzusetzen. Es sind „unsere" Regierungen, die eine Weltordnung aufrechterhalten, die Menschen weltweit in die Flucht treibt. Diejenigen, die es nach Europa schaffen, werden von Mauern und Rassismus empfangen.

Wir haben auch
nicht vergessen, dass es diese Regierungen sind, die zur Lösung ihrer Krise die Lebensbedingungen und sozialen Errungenschaften der europäischen ArbeiterInnenklasse, der Jugend und Rentner angreifen. Von diesen Angriffen war insbesondere die migrantische Bevölkerung besonders betroffen. Es ist gerade jetzt wichtig, sich an Karl Liebknechts Worte zu erinnern, dass unser Hauptfeind im eigenen Lande steht, dass unsere Gegner v.a. die Regierungen Europas und die europäischen Kapitalisten sind.

Wir, die Neue antikapitalistische Organisation (NaO), rufen daher im gesamten Bundesgebiet zur Teilnahme an linken Demonstrationen gegen PEGIDA am kommenden Montag auf. Wir sagen aber klar, dass wir eine Bewegung gegen Rassismus brauchen, die versucht, linke Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen für gemeinsame Mobilisierungen zu gewinnen. Was wir nicht brauchen, sind Veranstaltungen der „nationalen Einheit", wie sie von Francois Hollande und Sigmar Gabriel beschworen

werden.

Eine Stellungnahme der Neuen antikapitalistischen Organisation (NaO) Berlin

---

Akademikerball: Kein (Tanz-) Fußbreit den Faschist_innen

In Fantasieuniformen, mit bunten Bändern über die Brust und Straßenbahnschaffner*innen-Kapperln auf dem Kopf – so sehen heute die aus, die sich als Elite der Rechten und Rechtsradikalen verstehen. Als Hobbies betreiben sie Wettsaufen und Säbelfechten und sie nennen sich – nicht nur weil Frauen bei ihnen ungern gesehen werden – Burschenschaften. Aber so lächerlich die „Burschen“ und „Fuxen“ auch ausschauen – auf ihren Buden wird rechtsradikale und faschistische Politik geplant und betrieben. Das größte Event der rechtesten österreichischen Burschenschaften, die sich im „Wiener Korporationsring“ (WKR) vernetzen, war jahrzehntelang der WKR-Ball, der heute von der FPÖ unter dem Namen „Akademikerball“ weitergeführt wird.

Dieser Akademikerball ist kein harmloses Tanzevent oder eine Traditions-Folklore, sondern ein Treffpunkt für Neonazis und Rassist*innen aus ganz Europa. Die Burschenschaften des WKR verstehen sich nämlich als „deutschnational“, das bedeutet sie arbeiten dafür dass Österreich wieder an Deutschland angeschlossen wird. Ausserdem verehren viele von ihnen Nazi-Kriegsverbrecher und rechte Terroristen, die einmal Burschenschafter gewesen waren. Dadurch ergeben sich gemeinsame Interessen und Überschneidungen mit der Nazi-Szene wie zum Beispiel mit der deutschen NPD oder der österreichischen AFP. Aber auch Terrorist_innen werden in den Buden aufgenommen: Die finanzielle Unterstützung des Südtirolterrors organisierte ein WKR-Burschenschafter

(Norbert Burger) ein Unterstützer des NSU-Terror-Trios fand bei einer Münchner Burschenschaft Unterschlupf. Gleichzeitig kommen viele FPÖ-Mandatare im Nationalrat und den Gemeinderäten aus den Burschenschaften. Die Burschenschaften sind damit eine Verbindung (oder ein Scharnier) zwischen illegaler, halblegaler und parlamentarischer rechter Politik.

Diese Scharnierfunktion findet beim Akademikerball, zu dem früher mehr als Tausend Gäste aus ganz Europa kamen, auf noch höherem Niveau statt. Hier plaudern bekannte Rechtsradikale mit FPÖ-Spitzen, französische Rechtspopulist_innen mit deutschen Nazi-Liedermachern. Hier wird rassistische Politik gegen Flüchtlinge und Migrant_innen vorbereitet, aber auch der Grundstein für Überfälle und Anschläge gelegt.

Fortschrittliche Aktivist_innen, antirassistische Organisationen und Gewerkschaften und auch wir von REVOLUTION haben in der Vergangenheit diese rechte Monsterparty gut unter Druck setzen können. Weil wir nicht tatenlos zuschauen, wie gegen Menschen wegen ihrer Herkunft und ihres Glaubens vorgegangen wird, weil wir nicht mitmachen wenn sich die Schläger_innenbanden gegen linke Aktivist_innen wieder organisieren. Dieses Jahr wollen wir das zu einem Ende bringen:

Akademikerball. Das muss der Letzte sein.

Aufruf von REVOLUTION Österreich

LL-Party: Beatz for Kobane

Feiert und Spendet auf der großen LL-Benefizparty

Am 10. Januar organisieren die NAO-Organisationen eine große Party unter

dem Motto „Beatz for Kobane“. Dort werden ab 21 Uhr im Bi Nuu ausgewählte Hip Hop Acts wie S. Castro, PTK oder Kaveh Ahanger auftreten.

Danach gibt es wie in jedem Jahr feinste Tanzmusik. Der Eintritt beträgt 6 Euro. Der Gewinn geht ungeteilt an die Kampagne Waffen für Rojava – Solidarität mit der YPG & YPJ und damit direkt an die Volksverteidigungskräfte in Kobane.

Kommt vorbei, ladet eure FreundInnen ein, organisiert Soldiarität mit dem kurdischen Befreiungskampf.

Am nächsten Tag findet die alljährliche Lieknecht-Luxemburg-Demo statt, zur Erinnerung an die Ermordung der GenossInnen durch deutsche Freikorpssoldaten am 15. Januar 1919.

Treffpunkt ist der 11. Januar um 10 Uhr am Frankfurter Tor: Schließt euch dem Internationalistischen Block an!

ROTFRONT!!!

Ein Aufruf von REVOLUTION Germany

PS: mehr zur historischen Rolle Luxemburgs, Liebknechts und Lenins im Kampf gegen den Reformismus unter:

http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/damals-wie-heute-der-kampf-von-luxemburg-liebknecht-und-lenin-gegen-den-reformismus/

HogeSa, PEGIDA, KAGIDA…viele rassistische Gesichter

Wenn wir gegen Ende des Jahres 2014 auf die Straße gingen, so war und ist noch heute ein häufiger werdender Grund das Stoppen von

allerlei Nazis, Rassisten, Islamfeinden, „Bürgerprotesten“ und Asylgegnern, welche mitunter tief aus der bürgerlichen Mitte kommen. In Köln versammelten sich am 26.10. bis zu 5000 Nazis und rechte Hools um gegen „Salafistenschweine“ zu protestieren, zu randalieren und um Passanten zu bedrohen – die Polizei ging kaum dagegen vor, war sowieso unterbesetzt, obwohl im Voraus bekannt war, was da auf Köln zukommt. Auch die Linke fehlte an jenem Tag.

Mit der HogeSa-Bewegung hängt personell die „bürgerfreundliche“ Bewegung zusammen, die von PEGIDA (*„Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“)* in Dresden ausging, wo sich bereits bis zu 17500 (Stand: 22.12.14) Rassisten und „Wutbürger“ an Montagsdemos beteiligten – Tendenz stark steigend.

Ähnliches spielt sich u.a. in Kassel (KAGIDA), Bonn (BOGIDA), Leipzig (LEGIDA) ab. Auch in Berliner Stadtteilen wie Marzahn und Hellersdorf protestieren rechte Bürgerbewegungen zusammen mit Nazis gegen Asylbewerber_Innenheime. Im fränkischen Vorra wurden Flüchtlingsheime am 11.12. sogar in Brand gesteckt und mit Hakenkreuzen beschmiert; zu diesem Zeitpunkt waren sie zum Glück noch unbewohnt.

Von Nazis, rechten Hools und rassistischen Bürgern

HoGeSa-Demo in Köln: Links zu sehen die Bühne der rechten Hooligan-Band Kategorie C, links von der Laterne in der Mitte, die Fahne der German Defence League

2013 gründete sich HogeSa als loses Netzwerk mit einem Internetforum, über das zu Beginn erst mal geklärt wurde auf welcher Welle der Angst man eigentlich surfen möchte. Man entschied sich bekanntermaßen für die

fundamentalistischen Salafisten. Seit Ende letzten Jahres kam es immer wieder zu teilweise gewalttätigen Störungen salafistischer Demos oder Veranstaltungen in Baden-Württemberg. Die Aktion in Köln stellte die erste nicht lokale Mobilisierung dar.

Kurz nach dem Erfolg der Rechten in Köln kam es zu massiven Streitereien und diversen Spaltungen in der Führung der Bewegung. Die Hamburger Hooligans distanzieren sich von Parteien wie NPD und Die Freiheit, weil sie (in ihnen) keine parlamentarische Perspektive für eine rechte Bewegung sehen. Generell darf man sich HogeSa aber auch nicht als Organisation vorstellen, sondern als loses Netzwerk, dessen Grundkonsens über „gegen Salafisten“ auch nicht groß hinausgeht.

Mit diesem Grundkonsens konnte man zudem – auch wegen des gewalttätigen Auftretens in Köln – keinen breiten Anklang bis in die Mitte der Gesellschaft finden. Das klappt umso besser, da Nazis, Burschis und rechten Hools nun im PEGIDA-Becken rassistischer, nationalistischer Bürger nicht nur mit schwimmen, sondern GIDA-Aktionen auch selbst initiieren. Auf die Weise finden sie Anklang bis tief in die bürgerliche Mitte.

Grundkonsens ist der Kampf gegen die vermeintlichen Bedrohungen „Asylflut“, „islamistischer Terror“, „Überfremdung“ und Antifaschismus, etc., was selbstverständlich jede wissenschaftliche Analyse ausschließt, seien es die Ursachen von Flucht oder die Berücksichtigung der Tatsache, dass Migrant_Innen mehr in das Sozialsystem einzahlen als sie daraus beziehen.

Der Salafismus, welchen PEGIDA und Co. vorgeben zu bekämpfen, wird erst gar nicht analysiert und man belässt es bei vorurteilbehafteter, oberflächlicher Hetze. Für eine fortschschrittliche Arbeiter_Innenbewegung stellt religiöser Fanatismus eine Gefahr da, die es zu beachten gilt – aber fundiert und differenziert. Der Salafismus ist eine klerikale, erzreaktionäre, fundamentalistische Strömung innerhalb des Islamismus. Er wirbt auch in Deutschland junge Menschen für den Islamismus und indirekt für den IS an,

welche oft ausgegrenzt und sozial stark benachteiligt sind. Mehr zu diesem Thema findest du hier: http://www.onesolutionrevolution.de/international/grundlage-zum-islamismus-klerikal-reaktionaer-und-arbeiter_innenfeindlich/

Bei PEGIDA wird diese auf jeden Fall zu bekämpfende Ideologie des Islamismus aber lediglich zum islamfeindlichen Vehikel für die eigene, reaktionäre Ideologie und oft wird der Islam als Religion mit dem Terror des Islamismus gleichgesetzt. Es stellt ihre Möglichkeit da, bürgerliche Ressentiments auf einen Haufen zu werden und den Kampf der Kulturen, manche sprechen bereits von Völkern, zu beschwören. Was haben jedoch asylsuchende Menschen mit Islamismus zu tun? Wieso wird die kurdische Gruppe PKK, deren Mitglieder offen gegen den IS kämpfen, verunglimpft? Warum wird die antifaschistische Bewegung als Feind dargestellt? – In diesem Zusammenhang ist das in den Müll fliegende Hakenkreuz nur noch als Farce zu betrachten!

Links am Transparent, PEGIDA-Anführer Lutz Bachmann: Moralapostel gegen den Verfall der Werte des Abendlandes – Kokain-Handel, Einbrüche rund um Dresden und Verweigerung der Unterhaltszahlung stehen in seiner Akte. Vor einer mehrjährignen Haftstrafe floh er nach Südafrika, wurde jedoch wieder nach Deutschland abgeschoben

Wir setzten diesen reaktionären Ideologien – sei es der Rassismus der Nazis, Hools und „Wutbürger“ oder der klerikale Salafismus – eine Klassenanalyse entgegen:

Für uns sind diese Bewegungen Teil der kapitalistischen Klassengesellschaft und Ausdruck der darin stattfindenden Klassenkämpfe. Die Krise des Kapitalismus geht mit staatlichem und medialem Rassismus und Nationalismus („Wir sind Exportweltmeister“) zur Ablenkung von der

eigentlichen Krisenursache und zur Spaltung der Unterdrückten einher.

Als soziale Basis des Rechtsrucks sind zum einen Teile des vom sozialen Abstieg bedrohten Kleinbürgertums und Mittelstandes zu nennen. Diese Gruppe aus Selbstständigen, Kleinunternehmern und Händlern werden zwar nicht mittels Lohnarbeit ausgebeutet – im Gegenteil, teilweise finden sich hier auch mittlere Kapitalisten, welche selbst ausbeuten – jedoch sind sie abhängig vom Großkapital und gleichzeitig von diesem bedroht. Wenn diese Schicht in der Krise ihren sozialen Stand wahren will, so würde sie das vielleicht gerne zu Lasten des Großkapitals tun, da dieses aber ökonomisch zu mächtig ist, kann das nur über den Rücken der Lohnabhängigen geschehen. Teile dieser Schicht brechen unter dem ökonomischen Druck nach rechts aus und suchen nach einem „Grund" für ihre bedrohliche Lage, welcher hier in einer angeblichen „Asylflut" und „Islamisierung" gefunden wurde.

Hinzu kommen untere Schichten der Arbeiter_Innenklasse, welche unter zunehmender sozialer Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und Perspektivlosigkeit leiden. Oft sind diese Gruppierungen auch nicht gewerkschaftlich organisiert und haben durch einen schlechten sozialen Stand, in welchen sie geboren wurden und welcher mit schlechtem Zugang zu Bildung weitergegeben wird, eine hohe Anfälligkeit für einfache Feindbilder, wie sie beim rechten Spektrum zu finden sind.

Die sozialen und ökonomischen Umstände der Krise schaffen den Raum für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und damit für die Aufnahme der oben genannten Hetze. Letztlich gehen Menschen hauptsächlich dieser Schichten unter dem Banner der Reaktion auf die Straße, PEGIDA wurde geboren.

Das Positionspapier PEGIDA's ist teilweise den Leitlinien der AfD ähnlich. Natürlich gibt man sich hier freundlich, auch wenn selbst da Rassismus und Sexismus auffindbar ist.

Ganz davon abgesehen besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen den Phrasen des Positionspapiers (demokratisch abgestimmt wurde es innerhalb der Bewegung wohl ohnehin nicht) und dem, was an den PEGIDA-Montagen

von sich gegeben wird, was selbst bürgerliche Meinungen mittlerweile als Volksverhetzung ansehen.

Wohin geht die Reise im braunen Zug?

Was passieren kann, wenn rechte Hool-Gruppierungen, Faschisten und Nationalisten Anklang in der bürgerlichen Mitte finden und erfolgreich in politische Bewegungen eingreifen, zeigt das Beispiel der Ukraine, wo große Teile der Neonazis und der
faschistischen Milizen als Hools in den Fußballstadien entstanden sind und bei den Maidan-Protesten die Massen anführten. Heute ist der dortige Staatsapparat, vor allem Geheimdienst, Polizei und Militär massiv von Faschisten durchsetzt. Sie können ungestraft gegen Minderheiten, Linke und die Bevölkerung der Ostukraine vorgehen und morden.

Die aktuelle PEGIDA – Bewegung kann die Keimzelle für genau eine solche, brandgefährliche, womöglich faschistische Bewegung werden, was zum einen davon abhängt, wie sehr sich die Krise und globalen Konflikte auf die soziale Basis der Bewegung auswirken und zum anderen, wie gut faschistische Gruppierungen in der Bewegung Fuß fassen und Gehör finden.

Im Moment scheinen die Faschos zumindest alles auf diese Karte zu setzten. Waren sie in den letzten Jahren von bürgerlichen Gefilden eher noch isoliert, so können sie sich nun scheinbar ohne Probleme in solchen bewegen.

Ausdruck davon ist auch die wahrscheinliche Taktik der Nazis beim Aufmarsch am 17. Januar in Magdeburg. Der bisherige Anmelder Andy Knape – Ex-Mitglied des NPD und JN-Vorstandes – hat bisher noch keinen Aufmarsch angemeldet und versucht sich auf einem bürgerlichen Weg. Es ist wahrscheinlich, dass anstelle eines Aufmarsches MAGIDA dessen Platz einnimmt.

In dieser Bewegung besteht außerdem die Gefahr, dass die Rechten ihre zuletzt sie selbst schwächende Führungsfrage lösen können und eine Leitfigur etablieren. Infrage kommen hierfür die Partei die RECHTE, welche Verbindungen zu rechten Hooligan-Strukturen aufweist und der NPD zusehends die Basis abgräbt. Für den bürgerlich geprägten Rassisten bietet

sich die AfD als Partei an, welche ebenfalls tief in der PEGIDA-Bewegung verankert ist und diese mit anführt. Mehr zur AfD findest du hier: http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/rechtsruck-der-aufstieg-der-afd-und-das-versagen-der-linken-wo-ist-die-alternative/

Verhalten der Parteien und des Staates

Von Seiten der etablierten Parteien kommen unterschiedliche Reaktionen auf PEGIDA.

Die CDU / CSU reagiert letztlich so, wie es sich wahrscheinlich große Teile der von ihr zur AfD Übergelaufenen erhofft haben: Sie *„nimmt die berechtigten Ängste [von PEGIDA] ernst*" und auch in der Praxis schürt sie weiter rassistische Beschlüsse.

Kritik, Warnung und Distanz bezüglich PEGIDA kommt sowohl von den Grünen, als auch der SPD, gleichzeitig setzt man dem aber nichts entgegen, sondern trägt rassistische Beschlüsse wie Abschiebeerleichterungen oder die Spaltung des Berliner Flüchtlingsprotestes mit.

Von der LINKEN-Spitze kommt ebenfalls kein Aufruf zu Gegenprotesten. Von Teilen der Basis hingegen regt sich praktische Gegenwehr, auch wenn diese oft nicht über Gegendemos hinauskommt und schon gar nicht die Frage antifaschistischer Organiserung stellt.

Auf den Staatsapparat selbst dürfen wir schon gar nicht hoffen, prügelt die Polizei doch seit Jahren Naziaufmärschen den Weg frei, greift dabei linke Demos an und kesselt sie, Beispiel Blockupy 2013 in Frankfurt.

Derweil geht auch das mediale, islamophobe, latente Aufbauen einer „Islamisierungs-Gefahr" – vor allem bei BILD und Co. – munter weiter.

Was tun?

Trotz der insgesamt betrachteten, zunehmenden Gegenwehr seitens von Linken und Antifaschist_Innen (u.a. erfolgreiche Blockade gegen KAGIDA, zahlenmäßige Überlegenheit des Gegenprotestes gegen BOGIDA,..), steckt diese noch immer tief in der organisatorischen Krise. Dem wollen wir

entgegenwirken. Wir wollen nicht den ewigen, perspektivlosen, letztlich oft selbstdarstellerischen Kampf von autonomen Antifas fortführen. Wir wollen einen antifaschistischen Kampf unter einem revolutionären Programm und eine Organisation, die dieses versucht umzusetzen. Wir müssen uns jetzt die Frage der Organisierung gegen das Kapital und seine Angriffe stellen, denn eine Zuspitzung der Krise ist sicher – darauf gilt es sich international vorzubereiten, weswegen wir uns aktiv am Aufbau einer neuen antikapitalistischen Organisation (www.nao-prozess.de) beteiligen.

Gefragt sind nun zum einen – speziell zur Bekämpfung rechter Fangruppierungen – linke Fußballstrukturen und Fanprojekte, die bereits gute Aufklärungsversuche geliefert haben und seit Jahren auf die häufigeren rechtsextrem motivierten Gewalttaten hinweisen. Viele Fans haben die rechten Bewegungen und die Unterwanderungsversuche z.B. der Kameradschaften im Ruhrgebiet, systematisch ignoriert und /oder verharmlost. Doch gerade in den Stadien, dort wo viele Menschen auf einem Fleck sind, ist antifaschistischer und antirassistischer Protest genau richtig platziert und effektiv.

Zum anderen kann man Faschist_Innen nicht nur mit Worten bekämpfen. Man muss aktiv gegen sie demonstrieren. Es braucht unserer Meinung nach Selbstschutz vor rechten Übergriffen im Bezirk. Wir wollen mit Schüler_Innen und Jugendlichen, aber auch Anwohner_Innen und Beschäftigen solche Komitees aufbauen, die sich vor Ort gegen rechte Gewalt stellen, über Rassismus und Flucht aufklären und gegen die Nazis mobilisieren.

Außerdem wollen wir eine Kultur des Willkommens für die Geflüchteten herstellen – auch indem wir sie mehr in politische Kämpfe einbinden, ihren Kampf unterstützen und diesen in eine revolutionäre Perspektive einbetten.

Es geht also darum den sozialen Protest zu organisieren, sowohl gegen die Lagerunterbringung der Geflüchteten, als auch gegen Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und soziale Ausgrenzung. So könnte der antirassistische Kampf in einen sozialen, revolutionären Kampf übergehen, welcher den Menschen, wie z.B. jenen in Berlins Außenbezirken, eine richtige Alternative

zeigt und zudem der rassistischen Spaltung der Arbeiter_Innenklasse entgegenwirkt.

Wir sind für:

- **den Aufbau antirassistischer / antifaschistischer Komitees in den Bezirken und Vierteln, auf Dörfern, an Schulen und Unis und in den Betrieben und Industrien, welche massenhafte, militante Selbstverteidigung organisieren! Lasst uns Hoyerswerda, Lichtenhagen und jüngst Vorra nie wieder sein lassen!**
- **die Einheitsfront von antifaschistischen Ultras, Linken, Unterdrückten, Arbeiter_Innen und damit eine von revolutionären und reformistischen Organisationen, Gewerkschaften und Parteien mit Bezug zur Arbeiter_Innenklasse! Hierbei sollen einfache Absprachen über konkrete Aktionen – z.B. Blockaden – gegen Nazis, PEGIDA,… getroffen werden, frei von irgendwelchen politischen Bedingungen und Kompromissen.**

Beteiligt euch an Demonstrationen und Blockaden gegen Nazis und Rassisten!

- **Kommt am 17.1.2015 mit uns nach Magdeburg, um dort den rechten Nasen den Tag zu versauen, – egal ob sie als „Trauermarsch“ oder MAGIDA daherkommen! http://www.onesolutionrevolution.de/allgemein/17-januar-2015-auf-nach-magdeburg-gegen-faschismus-und-kapital/**
- **Fahrt am 30.1. 2015 nach Wien um mit unseren dortigen Genoss_Innen den WKR-Ball von rechten Burschenschaftlern zu verhindern!**

Weitere Infos auf www.onesolutionrevolution.de und www.onesolutionrevolution.at

Ein Artikel von Lars Filder, REVOLUTION Fulda

---

17. Januar 2015: Auf nach Magdeburg – Gegen Faschismus und Kapital!

Am 17. Januar 2015 jährt sich der 70. Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs. Für die Rechtsextremen über das ganze Bundesgebiet stellt dieses Datum einen zentralen Mobilisierungspunkt dar. Denn im Schatten des Gedenkens der Kriegstoten will man Deutschland als eines der Opfer des Zweiten Weltkrieges darstellen. Ziel ist es, den Anschluss an das bürgerliche Lager zu finden und die nationale Identität zu beschwören. Seit 1998 ist der Aufmarsch von anfänglich einer Handvoll Nazis zu einer Veranstaltung mit über Tausend Teilnehmer_Innen angewachsen, der zweitgrößten nach Dresden. Wir von der Jugendgruppe REVOLUTION rufen dazu auf, dieses Großdatum der Nazis zum Desaster werden zu lassen – Massenhaft, organisiert, militant muss Magdeburg an diesem Tag lahmgelegt werden!

In verschiedenen Städten werden diese Jahrestage missbraucht um die Geschichte zu verdrehen. Egal ob mit Hilfe von Trauergebärden über die toten Deutschen oder durch die Geschichtsschreibung die uns überall eintrichtert, das dieser Krieg zwischen Demokratie und Faschismus ablief. Uns als Internationalist_innen ist klar: Dieser Krieg war ein imperialistischer Krieg mit dem Ziel der Neuaufteilung der Welt, auf Kosten der

internationalen Arbeiter_Innenklasse!

In der Phase vor dem 2. Weltkrieg befand sich der Kapitalismus in einer tiefen Krise. Um die Kosten dieser Krise abzuwälzen, wurde massive Angriffe auf die Löhne und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse gefahren, zum Schutz der Profite der Bourgeoisie. Die deutsche Arbeiterbewegung war eine der bestorganisiertesten zu dieser Zeit und in den Gewerkschaften und Parteien SPD und KPD waren mehrere Millionen Arbeiter_Innen vertreten. Zur Durchsetzung dieser Angriffe musste das Kapital den Widerstand der ohnehin sehr zerstrittenen Arbeiterbewegung brechen.

Das vom sozialen Abstieg bedrohte Kleinbürgertum suchte verzweifelt eine Antwort zur Verteidigung ihrer Privilegien. Da das Kleinbürgertum eine zwischen den beiden Hauptklassen schwankende Kraft ist, ist es nicht fähig zu einer eigenständigen Position im Widerspruch von Kapital und Arbeit. Da die Arbeiterbewegung es nicht für eine revolutionäre Perspektive gewinnen konnte, nahm der Faschismus, die zugespitzte Form des Imperialismus, Einzug in das Kleinbürgertum. Durch die Ablenkung vom Ursprung der kapitalistischen Krise mittels der Schaffung politischer Sündenböcke, wie beispielsweise der Juden oder den Kommunist_Innen, spannte das Kapital das Kleinbürgertum vor seinen Karren. Einmal in den Rammbock des Faschismus verwandelt, wurde es brachial gegen alle fortschrittlichen Kräfte eingesetzt, zuerst die Organe der Arbeiterklasse, dann das Parlament selbst. Doch kaum an die Macht gekommen, änderte sich nichts an den ökonomischen Problemen des Kleinbürgertums oder der Arbeiterklasse, sie verschlimmerten sich vielmehr drastisch.

Damals wie heute! Schulter an Schulter gegen den Faschismus!

Unser Mobi-Plakat gegen die rechten Großmobilisierungen im Januar – erhältlich über germany@onesolutionrevolution.de

Auch heute spitzt sich die kapitalistische Krise mehr und mehr zu. Ob in

Kämpfen um die Neuaufteilung der Welt, wie wir sie grade in der Ukraine sehen können, oder das Aufkommen der klerikal-faschistischen Kräften des IS, die die letzte Errungenschaft des Arabischen Frühlings – die Kommune von Rojava (Kobanê) – zu zerschlagen versuchen und dabei ihrem Verursacher, dem Imperialismus, die Möglichkeit geben, sich als friedensbringende Kraft darzustellen.

Seit einigen Wochen nehmen auch in Deutschland die rassistischen Mobilisierungen in unterschiedlichen Anstrichen zu. Seien es islamophobe Aufmärsche wie in Dresden, Kassel, Bonn oder rassistische Demonstrationen gegen geplante Unterbringungen für Geflüchtete. Sie alle haben eine Gemeinsamkeit, die Angst vor dem sozialen Abstieg. Geschürt wird das Feuer dabei mit angeblichen Ursprüngen der drohenden Verelendung. Doch egal ob angeblicher „Untergang des Abendlandes“ oder gigantischer Zustrom an Opfern von Krieg und Krise, den Ursprung des Problems, die Ausbeutung der Ware Arbeit, greifen diese Bewegungen bewusst nicht auf, da sie egal ob Rassist_Innen oder Faschist_Innen dieses Verhältnis beibehalten wollen.

Doch diese Aufmärsche kommen nicht von irgendwo! Sie sind Ergebnis der kapitalistischen Krisenpolitik seit Ihrem Ausbruch 2007/2008, die auf der einen Seite die Schuld der Krise auf die Schultern der Arbeiter_Innenklasse abwälzen will und auf der anderen Seite massiv versucht Profite für die Bourgeoisie zu erringen.

Parteien wie die AfD sind die rechtspopulistischen Abwehrreaktionen des Kleinbürgertums in der Angst im Zuge des ökonomischen Niedergangs in Europa ihre Stellung zu verlieren und arbeitslos zu werden. Aus diesem Grund stellen sie Forderungen nach einem nationalen Protektionismus wie bspw. durch die Wiedereinführung der Mark auf und appellieren an eine Politik für den kleinen Mann und nicht nur für die Großindustriellen oder das Finanzkapital. Gestützt wird das Ganze durch alle möglichen Facetten, wie u.a. Sexismus, Rassismus oder Islamophobie, mit dem Ziel die Arbeiter_Innen und Jugendliche entlang unterschiedlicher Linien zu spalten und gegeneinander auszuspielen. Hierbei werden Ansatzpunkte für den Faschismus innerhalb der Gesellschaft gelegt.

Faschismus, der Zögling der Bourgeoisie

Der Kampf gegen Faschismus muss deshalb von uns, den Jugendlichen, den Arbeiter_Innen und Gewerkschaftler_Innen geführt werden und beginnt schon bei der Auseinandersetzung mit Rassist_Innen und Rechtspopulist_Innen. Der Rassismus zieht seinen Nährboden aus dem kapitalistischen System. Die kapitalistische Produktion und Konkurrenzwirtschaft macht es zwangsläufig nötig, Menschen rassistisch voneinander zu trennen und sie gegeneinander auszuspielen. Nach dem Prinzip ‚teile und herrsche' ist eine gespaltene Arbeiterklasse auch kontrollierbar für das Kapital, ebenso wie für deren Interessenvertretung, die bürgerlichen Regierungen. Bei einer weiteren Zuspitzung der kapitalistischen Krise wie im im Vorlauf zum 2.Weltkrieg, reicht die alleinige Spaltung der Arbeiterklasse nicht mehr aus um die Gesellschaft weiterhin kontrollierbar für das Kapital zu machen. Die damalige wie auch heutige Geschichte zeigt, dass das Kapital in einer stark zugespitzten kapitalistischen Krise den Faschismus zur Hand nehmen wird um die Arbeiterklasse und seine Organisationen zu zerschlagen.

Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen!

Die Taktiken des Faschismus wandeln sich. Sie versuchen durch eine Teilnahme bei rechtspopulistischen Bewegungen wie PEGIDA und KAGIDA Anschluss an den bürgerlichen Rassismus und Patriotismus zu finden um sich somit im Kleinbürgertum zu verankern und Einfluss zu gewinnen. Auch der alljährliche Nazi-Aufmarsch in Magdeburg soll sich in diese Bewegungen einreihen. Dies ist ein offener Versuch der Nazis Teile des verschreckten Kleinbürgertums für ihre Sache zu gewinnen.

Um diese Angriffe aufzudecken und abzuwehren hilft nur eins: Die gemeinsame Aktion von allen Organisationen die im Interesse der Arbeiterklasse kämpfen! Nur wenn wir vereint gegen diese Hetze mobilisieren und ein Konzept für einen nachhaltigen Kampf ausarbeiten, können wir die Grundlage schaffen um die kommenden Angriffe von Seiten des Kapitals und ihrem faschistischen Kettenhund abzuwehren. Wir müssen eine Perspektive für Teile des Kleinbürgertums und die Massen an

Arbeitslosen schaffen. Die Illusion der Klasse in den Reformismus, der durch seine Politik der Mitverwaltung die Krise und ihre Folgen trägt, muss gebrochen werden. Nur so kann letzten Endes die Führungskrise der Arbeiterklasse und den kämpfenden Teilen der Jugend beantwortet und der Kampf von der Defensive in die Offensive geführt werden!

- Faschismus zerschlagen! Militant, organisiert, massenhaft! Für den Aufbau von Selbstverteidigungskomitees in Schule, Uni, Betrieb und der Nachbarschaft!
- Rassismus an der Wurzel packen! Geflüchtete in die Gewerkschaften! Für den gemeinsamen politischen Streik um volle Staatsbürgerrechte für alle hier Lebenden!
- Für den internationalen Kampf der Arbeiter_Innen gegen Faschismus, Rassismus, Homophobie, Ausbeutung und Unterdrückung! Für den Kampf Klasse gegen Klasse!

Auf die Straße gegen Faschisten und Kapitalismus – Für die sozialistische Revolution!

Ein Aufruf von REVOLUTION Germany

PS: Wenn du auch nach Magdeburg mobilisieren willst, dann kannst du das im Artikel abgebildete Plakat über germany@onesolutionrevolution.de bestellen!

Rechtsruck: Der Aufstieg der AfD und das Versagen der

LINKEN – Wo ist die Alternative?

In der politischen Landschaft Europas ist wohl jedem aufgefallen, dass sich ein Rechtsruck vollzogen hat. Patriotismus, Nationalismus und die Furcht vor Überfremdung gepaart mit rassistischen Vorstellungen, ist nicht nicht mehr nur die Meinung einer Minderheit. Der rechte Rand ist in Bewegung geraten und schwappt mit deutlichen Spuren in die Gesellschaft. Wir wollen mit diesem Artikel das Phänomen der AfD betrachten, des parteipolitischen Ausdrucks dieser Entwicklung in Deutschland. Doch auch das Auftreten von Vereinigungen wie HoGeSa, PEGIDA und KAGIDA sind dem zuzuordnen. Wir widmen diesem Problem eine kurze Artikel-Reihe und veröffentlichen in den nächsten Tage noch einen Artikel zu dem Stand der rechstpopulistischen Straßenbewegungen.

Seit den Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen sollte es jedem klar sein: Der AfD ist es gelungen, sich in der Parteienlandschaft Deutschlands zu verankern, sie konnte ins Europaparlament und in drei Landtage einziehen. Gleichzeitig verlor die LINKE in Brandenburg, wo sie mit der SPD zusammen die Regierung stellte, etwa die Hälfte der Wähler_Innen. Diese Entwicklung gilt es zunächst zu analysieren.

Entwicklung und soziale Basis der AfD

Die AfD wurde im Februar 2013 von einer Ansammlung von ehemaligen Parteimitglieder der FDP und der CDU / CSU, Mittelständler_Innen und Akademiker_Innen gegründet. Die Triebkräfte kommen also aus dem Kleinbürgertum und der mittleren Kapitalistenklasse. Hinzu kommen als mitläufige soziale Basis Arbeitslose und prekär Beschäftigte, die glauben in der AfD eine vermeintliche Alternative für sich gefunden zu haben. Was diese Gruppierung zur AfD zieht, beleuchten wir weiter unten.

Die anhaltende Krise von 2007/08 zwang die deutsche Regierung zur Rettung des Großkapitals und deren Profite auf den Plan. Das deutsche Großkapital ist auf den Euro und die EU angewiesen – ihr verdankt es die Möglichkeit des Verdrängens anderer europäischer Konkurrenten und Übernahme ihrer

Märkte. So übernahm die deutsche Telekom zu großen Teilen im Rahmen des Troika-Spardiktats (welches vor allem von der deutschen Regierung vorangetrieben wird) die privatisierte griechische Telekommunikationsgesellschaft OTE.

Das Kleinbürgertum und die mittelständischen Kapitalien werden hingegen von dieser Politik außen vor gelassen, konnten keinen Profit aus der Krise ziehen, wurden nicht gerettet, bekamen teilweise die Lasten der Krise aufgeladen und sind vom Abstieg bedroht. Hier erhofft man sich Besserung durch Rückkehr zur D-Mark und einem Europa „souveräner“ Staaten. Diese „Alternative“ scheint man in der AfD gefunden zu haben. Diese Reaktion ist typisch für diese soziale Schicht, europaweit steht sie hinter dem Rechtsruck – von der FPÖ in Österreich über die sogenannten „Schwedendemokrat_innen“ in Schweden bis hin zur UKIP (United Kingdom Indiependet Paty) in England,welche sich vor allem dadurch auszeichnen, nicht nur nationalistische Parolen von sich zu geben, sondern auch Hetzte gegen Migrant_innen und Flüchtlinge betreiben, die als Krisenverursacher dargestellt werden. Hinzukommt bei diesen Parteien ähnlich wie bei der AfD das Schüren einer Angst vor angeblicher „Überfremdung“ durch Migrant_innen muslimischen Glaubens.

Rassismus, Sexismus, Nationalismus

AfD-Unterstützer: Rechtspopulismus wird durch die AfD wieder salonfähig gemacht, die Ideen verrauchter Stammtische werden im Anzug auf die Straße getragen.

Oben erwähnten wir bereits, dass prekär Beschäftigte und Arbeitslose zur mitlaufenden Basis der Partei gehört. Diese Gruppierung ist besonders anfällig für einfache, erlogene Feindbilder, wie die AfD sie malt.

Auch erwähnten wir den Zusammenhang der anhaltenden Krise und der Parteigründung, wodurch auch die Inhalte der Partei ein Ergebnis eben jener

Krise ist, da in Folge dieser eine massive, sozialchauvinistische und rassistische Hetze in den Medien und auch der Politik begann (Stichwort BILD: „Pleitegriechen!“). Seither wurde derlei Rassismus wieder salonfähig in der bürgerlichen Mitte – die AfD gibt diesem Rassismus nun eine Partei.

Der Rassismus findet bis in oberste Führungsetagen Platz. So sprach sich der Vize-Sprecher Hans-Olaf Henkel (ehemals Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Industrie) in den USA offen für das sogenannte „Redlining“ aus, eine Praxis die zu Zeiten der Rassengesetze in den USA Schwarzen die Kreditvergabe verweigerte. Er begründete dies damit, dass die Kreditvergabe an Schwarze die Finanzkrise ausgelöst habe. Ein weiteres gutes Beispiel für die große Zustimmung zu den Positionen der AfD ist daran festzumachen, dass diese Partei genau die Vorurteile schürt und vertritt, die ein gewisser Thilo Sarrazin vor einigen Jahren in mehreren „Bestsellern“ („Deutschland schafft sich ab“ und „Europa braucht den Euro nicht“) zum Besten gab. Sozusagen ist die AfD also die Partei, die sich Sarrazin nicht zu Gründen wagte, aber für dessen Thesen eine große Zustimmung erhielt. Passend hierzu sei noch erwähnt, dass es schon in Umfragen nach Erscheinen der sarrazinschen Hetzschriften eine große Zustimmung zu einer Sarrazin-Partei gab.
In puncto Sexismus ähnelt man stark der konservativen Union; so etwas wie ein Adoptivrecht für Homosexuelle oder eine frei verfügbare „Pille danach“ im Sinne einer körperlichen Selbstbestimmung von Frauen findet sich nicht bei den Stockkonservativen der AfD. Auch die allgemeine Gleichbehandlung der Mitglieder der LGBTTIQ Community (Lesbean Gay Bi Transgender Transmenschen Intergender und Queere Menschen) lehnt diese Partei ab und geht im Verbund mit rechten und teilweise auch braunen Demagogen, religiösen Fundamentalist_innen meist christlichen Glaubens und Hetzern auf Stimmungsmachetour,wie die sogenannten „Demos für alle“ in Stuttgart in diesem Jahr zeigten.

Zum Paket gehört natürlich auch Erzeugen von Nationalismus. „Mut zu Deutschland“ sprang uns von den Wahlplakaten an. Auch das ist typisch für eine nach Rechts gehende Partei, die durch eine Krise Zulauf erhält. Da die Partei selbst mittlere Kapitalist_innen in ihren Reihen hat, muss sie von den

sich verschärfenden Klassengegensätzen der Krise ablenken und Nationalismus zur Verwischung dieser erzeugen, alle werden zu „Bürgern“ – vor allem die erwähnten lumpenproletarischen Schichten zieht das.

Konservativ? Neofaschistisch? Oder was?

Der starke Nationalismus und die Aufnahme einfacher, traditioneller Feindbilder sowie die wesentlich bessere Organisierung und die gute finanzielle Stellung machen die AfD tatsächlich zu einer Alternative – zu einer Alternative für die, die sich rechts von ihr befinden und genug haben von der immer wiederkehrenden innerparteilichen Selbstdemontage der NPD und den braunen Klischees der Parteien am äußeren rechten Rand.

Dennoch wäre es falsch zu sagen, dass die AfD einer faschistischen Partei nahe sei: Die AfD setzt ihre Vorhaben nicht mit Gewalt gegen politische Gegner durch, wie dass bei neofaschistischen Parteien der Fall ist.

Das heißt nicht, dass die AfD mit allerlei Rechtspopulismus nicht auch dort nach Stimmen angelt: Im Wahlkampf waren so manche Plakate denen der NPD sehr nahe („Wir sind nicht das Weltsozialamt“).

Inhaltlich sieht es aber so aus, dass man dem bürgerlich-konservativen Lager sehr viel näher ist, in Bayern steht die CSU teilweise rechts von ihr und nicht umsonst machte die CDU im Sachsenwahlkampf keine klare Absage an die AfD. Auch im Europaparlament, dessen Bürokratie die AfD im Wahlkampf noch verteufelte, trägt sie die Bürokratie mittlerweile munter mit.

Nichtsdestotrotz bildet die AfD einen Lückenfüller zwischen der Union und dem rechten Rand – wobei sie in letzteren weniger hinein reicht. Das macht sie zu einer populistischen, rechtskonservativen Partei.

Feind der Arbeiter_Innen

Im Wahlprogramm ist Arbeiter_Innenfeindlichkeit der AfD freilich nicht direkt ablesbar. Aber was zählt schon ein Programm von bürgerlichen Parteien? Alles was das Programm bietet sind verwaschene Phrasen ohne klare Forderungen, wie z.B. ein konkreter Mindestlohn.

Ganz davon abgesehen: Die AfD ist ihrer sozialen Basis und ihren Forderungen nach eine neoliberale, pro – kapitalistische Partei. Die Profite der Kapitalist_Innen können nur auf dem Rücken der Arbeiter_Innen entstehen, kommt es durch Krisen zum Profiteinbruch, so geht es zur Profitsicherung den Arbeiter_Innen an den Kragen – Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit usw. sind die Folgen. Die AfD wird genau das durchsetzen.

Folglich setzt die AfD auf Deregulierung des Marktes (wo auch Arbeitskraft eine Ware ist) – sprich der Staat soll zwar die Profite sichern, sich ansonsten aber aus dem marktwirtschaftlichen System raus halten.

Heben wir unsere Analyse auf internationale Ebene, so wird diese Feindlichkeit noch deutlicher: auch Flüchtlinge und Migrant_Innen gehören zur Arbeiter_Innenklasse.

Auf jeden Fall gefährlich!

Der große, binnen relativ kurzer Zeit eingetretene Zuspruch für die AfD hat gezeigt, wie stark die Gesellschaft bereit ist nach rechts zu gehen und wie tief der bürgerliche Rassismus mittlerweile in der Gesellschaft verankert ist, was sich nun auch auf der Straße in Form von PEGIDA, KAGIDA,… zeigt. Durch die nun erstarkte
AfD könnte dieser Rechtsruck gerade im Angesicht der sich weiter verschärfenden Krise weiter verstärkt werden, dieser Partei weiter Zulauf bescheren und Angriffe und Spaltungen durch das Kapital durch die einfacher, massiver und schneller ermöglichen.

Es bleibt aber zunächst abzuwarten, wie sich die Union künftig zur AfD verhält, dass wird auch davon abhängig sein, wie sehr sich die SPD in der Großen Koalition für die Union und soziale Angriffe hergib und inwiefern sich die Grünen als „neue FDP“ konzipieren.

Es bestehen allerdings durchaus gute Möglichkeiten, dass die Union früher oder später mit der AfD koalieren wird – zumal der alte Wasserträger FDP – auch durch Auftreten der AfD – endgültig untergegangen zu sein scheint. Dies zeigt auch sehr deutlich, dass nach dem Untergang einer ähnlich gestalteten Partei wie der AfD, nämlich die Republikaner (REP) die vor allem

in den 1990er Jahren ähnliche Erfolge feiern konnte wie die AfD (Wahlerfolg im zweistelligen Bereich), auch heute durchaus dazu in der Lage ist, größere Erfolge zu verbuchen. Ob allerdings die AfD mit offen rechten Parteien wie seinerzeit die REP anbandeln wird, bleibt abzuwarten.

LINKE versagt

Die LINKE lässt nach den Wahlerfolgen der AfD die Alarmglocken schrillen. Viel Analyse wurde zum Aufstieg und der Politik der AfD betrieben. Den Griff an die eigene Nase, eine Selbstkritik zu den Wahlergebnissen gab es aber kaum, diese ist jedoch von entscheidender Wichtigkeit.

Wer nach fünf Jahren rot-roter Koalition mit der SPD, wie es sie in Brandenburg gab, nahezu die Hälfte der Stimmen verliert, muss etwas falsch gemacht haben – und falsch gemacht wurde sehr viel, vor allem die Genehmigung des neuen Braunkohletagebaus Welzow II noch im Juni blieb im Gedächtnis der Wähler_innen hängen.

Bundesweit genauso: Seit dem Hamburger Parteitag Anfang diesen Jahres stuft man die EU plötzlich nicht mehr als neoliberal, undemokratisch und militaristisch (was aber auf die EU mehr den je zutrifft) ein, sondern man möchte die EU sozial und friedlich gestalten – also das genaue Gegenteil von dem,was mal ursprünglich das Vorhaben war. Mehr Prinzipienverrat geht fast nicht mehr (außer man heißt SPD)!

Das ist auch deshalb interessant, weil man seitens der LINKEN hoffte, mit dem Aufweichen von Positionen auch neue Wähler_Innen anzuziehen – das Gegenteil ist der Fall. Tatsächlich wären sehr viel mehr Menschen mit offen anti-neoliberaler Politik zu gewinnen.

Über diese Politik wird sich innerhalb der Partei kaum Gedanken gemacht. Doch genau das trifft den Zustand der Partei genau: Man hofft auf eine Regierungsbeteiligung. Diese ist aber nur dann möglich, wenn man den bürgerlichen Parteien SPD und Grüne bewiesen hat, dass man zum Verrat der eigenen Grundsätze bereit ist – koste es, was es wolle.

Der Gang nach Rechts wird zwar seitens des linken Flügels kritisiert, doch

gleichzeitige geht dieser den Schritt nach Rechts durch z.B. Positionsaufgabe größtenteils mit.

Wer diese Politik fährt und alles auf eine Mitverwaltung des Kapitalismus an der Regierung setzt, anstatt eine wirkliche, klare Alternative zum Kapitalismus und der Krise darzustellen – der Landtagswahlkampf in Thüringen hätte inhaltsleerer kaum sein können – versäumt schlicht den effektiven Kampf gegen den Rechtsruck aufzunehmen!

So auch aktuell: Anstatt Arbeiter_Innen und Jugend gegen die PEGIDA – Bewegung zu mobilisieren, werden vor allem Appelle ans bürgerliche Lager geschickt, zu überlegen, was diese versäumt hätten (Petra Pau).

Dabei ist doch die entscheidende Frage: Können linke Kräfte, Arbeiter_Innen und Jugend den in der Krise entstehenden Klassenkampf gegen Reaktion und Kapital für sich gewinnen? Mit der LINKEN wird das definitiv nicht geschehen.

Der Jugendverband [’solid] trägt diese Politik übrigens größtenteils fleißig mit, [solid] Thüringen freut sich angesichts eines linken Ministerpräsidenten Ramelow auf eine Regierungsbeteiligung und damit auf die nächste Runde Verrat der Basis.

Mehr zum Zustand von [’solid] auf http://www.onesolutionrevolution.de/wp-content/uploads/2011/04/Solid-Polemik_Lukas_M%C3%BCller_2014.pdf

Wo ist die Alternative?

Zu Zeiten der Krise brechen große Teile der Wähler_Innen mit den klassisch bürgerlichen Parteien der Mitte und suchen nach Alternativen an den Rändern des politischen Spektrum, wobei Arbeiter_Innen diese tradtionell links suchten.

Doch wenn diese linke Alternative nicht vorhanden ist, trägt das zu Politikverdrossenheit bei – die niedrige Wahlbeteiligung Brandenburgs von

gerade mal 47% (!) lässt grüßen.

Angesichts der weiterhin andauernden Krise des Kapitalismus und Perspektivlosigkeit ist jedoch eine Alternative zum System vor allem für Jugendliche dringend notwendig.

Diese Alternative gilt es zu organisieren – unter einem klaren, revolutionären Programm, dass den Kapitalismus als Schuldigen aller Krisen entlarvt, Antworten auf seine Angriffe bietet und einen Weg von Tagesforderungen hin zum Umsturz des Kapitalismus und dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zeichnet.

Dazu braucht es aber eine Organisation, die sich hinter dieses Programm stellt, es entwickelt und sich den Massen als Alternative präsentiert und ein revolutionäres Bewusstsein in diese trägt – und sich nicht etwa „dem Bewusstsein der Massen anpasst“, wie das z.B. Marx21 oder SAV in der LINKEN versuchen.

Wir sind deshalb für den Aufbau einer revolutionär-antikapitalistischen Partei links der LINKEN mit dem fortschrittlichen Teil der Arbeiter_Innenklasse als Basis. Diese Partei soll aber nicht wie die LINKE parlamentarische Arbeit machen und nur zu Wahlkampfzwecken an die Massen treten, nein, sie soll im Gegenteil die Arbeiter_Innen für den Kampf gegen den Kapitalismus und seine Auswüchse wie Rassismus (aktuell vor allem PEGIDA) mobilisieren, diesem Kampf eine Richtung geben und sie dazu befähigen, sich selbst zu organisieren. Das heißt aber gleichzeitig nicht,dass wir es komplett ablehnen würden als Partei im Parlament vertreten zu sein,denn dieses kann man gut als Bühne für eigene Agitations- und Propagandazwecke bzw. als Bühne für die eigene Politik benutzen,um die Arbeiter_Innen auf die eigene Seite (die richtige Seite der Barrikade) zu ziehen und die Unfähigkeit des bürgerlichen Parlamentarismus aufzuzeigen.

Daneben muss sich die Jugend eine ähnliche, aber unabhängige Jugendorganisation aufbauen, die wie die Partei den Arbeiter_Innen

die Jugendlichen zum Kämpfen und anhand der gemachten Erfahrungen zur Selbstorganisierung ermutigt!

Ein solcher Kampf findet gerade gegen PEGIDA und seine Geschwister statt – kämpft mit uns!

Zum Aufbau dieser Organisierung laden wir alle linken und fortschrittlichen Kräfte zur Diskussion ein!

Für eine echte Alternative zum Kapitalismus! Für einen internationalen Kommunismus!

Ein Artikel von Lars Filder, REVOLUTION Fulda

Kassel: KAGIDA blockieren – Rassismus hat viele Gesichter

Kassel, Montag 1. Dezember 2014, 18.00 Uhr, Scheidemannplatz
KAGIDA blockieren!

Aufruf von Neue antikapitalistische Organisation, Demokratische Kurdische Gesellschaft Zentrum Kassel e.V., Gruppe Arbeitermacht, Internationale Sozialistische Linke, REVOLUTION Kassel

KAGIDA blockieren!
Rassismus hat viele Gesichter …

Manche sind klar zu erkennen, andere sind versteckt und kommen maskiert daher. So auch die sich neu formierende Gruppierung KAGIDA („Kassel

gegen die Islamisierung des Abendlandes“), die sich mit Unterstützung von HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) und PEGIDA (Patriotische Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes) aus Dresden hier aufbauen will. Dresden, wo schon jeden Montag eine Demonstration durch die Innenstadt geht, um sich gegen die angebliche „Islamisierung“ Deutschlands und „Glaubenskriege auf deutschem Boden“ zu wehren. Unter dem Deckmantel einer friedlichen Bürgerbewegung marschiert dort schon die Koalition aus Nazis, Rassisten, FußballanhängerInnen und konservativen BürgerInnen, und zwar mit erheblichem Zulauf von mittlerweile 6000.

Der IS Auslöser …

Am Salafismus oder Islamischen Staat (IS) selbst wird von KAGIDA keine Kritik geübt, weder ein Wort darüber, welchen Nutzen die Schlächter noch vor kurzer Zeit für die Interessen westlicher Staaten, der Türkei und arabischer Ölmilliardäre hatten, Staaten, die erwiesenermaßen an der Wiege des IS Pate standen. Und natürlich auch nicht, wie wenig sich KADIGAs eigene faschistoide Ideologiefragmente von denen des IS unterscheiden. Und erst recht kein Wort darüber, wie herrschende Diskriminierung und Aussichtslosigkeit für die Lebensbedingungen junger Menschen ideale Voraussetzungen schaffen, aus denen der IS rekrutieren kann. Und auch kein Wort dazu, dass die einzigen Kräfte, die den IS von Beginn an real bekämpfen, die Selbstverteidigungskräfte in den autonomen kurdischen Kantonen Rojava und in Shengal sind und wir diese mit allen Mitteln unterstützen müssen. Nein, mit solchen Detailfragen gibt sich KAGIDA nicht ab. Sie nutzen den IS ausschließlich für als Erfüllungsgehilfen ihrer Prophezeiung.

Vor der Tat steht das Wort …

Doch schauen wir uns die deutschen Verhältnisse doch mal VOR den prophezeiten Glaubenskriegen an. Allein in den ersten drei Quartalen 2014 gab es 33 registrierte Übergriffe mit Körperverletzung auf Flüchtlinge, davon einer mit Todesfolge. Dazu 86 registrierte Angriffe auf Flüchtlingswohnheime – mehr als in den Jahren 2012 und 2013

zusammen, davon 24 Brandanschläge und 31 Sachbeschädigungen. Die Eintragungen der Ereignisse lesen sich wie ein Tagebuch. Von der Dunkelziffer, der aus Angst vor rassistischem Behördentum nicht angezeigten Übergriffen, ganz zu schweigen. Allein 2014 gab es 210 Kundgebungen und Demonstrationen mit flüchtlingsfeindlichem Inhalt, die oft gemeinsam von NPD, rassistischen Bürgerinitiativen, der Partei „der 3. Weg“, „Die Rechte“, „Pro“- Parteien und sogenannten freien Kameradschaften angemeldet wurden. Das heißt, rassistisch dominierte Bürgerinitiativen, Rechtspopulisten und gestandene Faschisten agieren hier längst Hand in Hand für „Frieden im Abendland“. Unterstützt werden diese nun auch von den Kasseler Querfrontlern der sogenannten Montagsmahnwache, den Durchlauferhitzern der Bewegung.

Und der Staat schlägt zu …

Ob bei der unbeschreiblichen Brutalität der Flüchtlingsabwehr im Verbund mit Frontex an den europäischen Außengrenzen, beim jedem Racial Profiling durch die Polizei, ob in den Amtsstuben der Ausländer- und Abschiebebehörden, bei der Räumung und Abschiebung von Sinti und Roma oder der Zerschlagung der Proteste der sogenannten Lampedusa Flüchtlinge in Hamburg, beim Umgang mit den Refugeeprotesten am Oranienplatz und der
Gerhard-Hauptmann-Schule in Berlin. Und auch beim Angriff auf unsere Demo gegen das PKK-Verbot am 21.11.14 hier in Kassel. Der Staat ist ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht, zu diskriminieren, einzuschüchtern, zu kriminalisieren und dem rassistischen Mob die Handlungsanleitungen zu geben. Der Staat definiert, welchen Wert hier welches Menschenleben hat. Und während die Presse lauthals schwadroniert, dass die Kommunen durch die Flüchtlinge überlastet und deshalb in anderen Bereichen Kürzungen unvermeidbar sind, wird komplett unterschlagen, dass Sparhaushalte aufgrund von kapitalistischer Verschuldung und „Schuldenbremse“ auch ohne Flüchtlinge längst existieren und gemeinhin Bestandteil von kapitalistischer Krisenverwaltung sind.

KAGIDA mit im Boot …

KAGIDA hat damit kein Problem. Der Aufruf versucht an die aktuellen Debatten um den Islamischen Staat anzudocken, ohne jedoch im entferntesten auseinanderzusetzen, um was es dabei inhaltlich geht. Es dient einzig der Verbreitung rassistischer Ressentiments und der Mobilmachung gegen MigrantInnen und MuslimA. Im Wissen, dass der Staat hinter ihnen steht, fordern sie gar, auch die Einhaltung einheimischer Gebräuche und Sitten durch MigrantInnen staatlich zu kontrollieren. Wer sich nicht nachweislich „deutsch“ benimmt, gehört eben nicht hierher!
Vom Elend des Faschismus ist für diese Gruppierung geistig aber dennoch etwas übrig geblieben: Dass er zu einem schrecklichen Krieg geführt hat, der das schöne Kassel in Schutt und Asche legte. Und schon im Folgesatz wird der Bezugsgrund klar, denn nun wird die Bombardierung Kassels als Beweis geführt, dass vor Krieg eben auch kein Mensch zu flüchten braucht. Das „Paradies“ – so die Bezeichnung des Zustands in der BRD 2014 – in dem wir heute leben, haben KAGIDAs Großeltern, die stets opferbereit und heldenhaft im Lande geblieben sind, im kalten Winter aus den Bombenkratern geschaffen. Das sollen ihnen die Flüchtenden weltweit doch erst mal nachmachen, aber gefälligst da, wo sie herkommen. KAGIDAs Paradies, Deutschland und Europa soll jedenfalls nicht den Massen der Welt für deren Flucht und Bürgerkriegsimporte zur Verfügung stehen. So wird Nazideutschland und 2. Weltkrieg die Grundlage eines heroischen Paradiesaufbaus, den es gegen herbei halluzinierte Horrorszenarien wie „Glaubenskriege auf deutschem Boden“, zu verteidigen gilt. Und das kommt alles in sich völlig schlüssig und zirkulär begründet daher.

Das Problem heißt Rassismus!

Er diente mit dem Antisemitismus den Faschisten als ideologisches Instrument die Vernichtung mehrerer Millionen Menschen zu organisieren und durchzuführen. Auch der Rest von KAGIDAs Aufruf erinnert an dumpfe völkische Zeiten. Da macht das Bild des Hakenkreuzes im Mülleimer leider keinen Eindruck. Also bekämpfen wir KADIGA, ganz konkret! Blockieren wir KAGIDA in Kassel! Von Beginn an!
Das Problem heißt aber auch, dass immer mehr Menschen, keine Antworten finden und linke Alternativen kaum wahrgenommen werden. Wo die Linke

Schwächen zeigt, wo sie desorganisiert und/oder den Kapitalismus mitverwaltet, da schreitet die Rechte voran. Eine neue antikapitalistische Organisierung steht auf der Tagesordnung und muss den Kontrapunkt gegen nationalistische Demagogie setzen. Dies nicht als Teil des herrschenden Polit-
und Staatsapparates oder des Wahlapparates zur Förderung persönlicher Politkarrieren, sondern nur durch den Aufbau einer unabhängigen revolutionären
Organisation. Wir wollen eine Gesellschaft ohne Kapitalismus, ohne Ausbeutung,
Ausgrenzung und Unterdrückung.

- Für ein Bleiberecht für alle Menschen! Für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten! Für deren Selbstorganisation! Für ihre
  Anerkennung in den Gewerkschaften! Schluss mit der jetzigen Behördenpraxis, durch welche Geflüchtete schikaniert und kriminalisiert
  werden! Schluss mit allen Abschiebungen! Weg mit jedem staatlichen Rassismus!

- Gegen mediale Hetze, Alltagsrassismus und Sozialchauvinismus! Und weg
  mit dem Verbot der PKK! Für die volle politische Betätigungsfreiheit unserer Freundinnen und Freunde!

- Unterstützt Flüchtlinge, sich gegen jeden rassistischen Übergriff zu verteidigen! Bekämpft den Islamischen Staat, indem ihr den Widerstand in
  Rojava unterstützt! Spendensammlung: Solidarität mit Rojava – Waffen
  für die YPG/YPJ! (www.waffenfuerrojava.org)

- Dem Rassismus die Maske herunterreißen! Für grenzenlose Solidarität
  statt begrenztem Horizont und Nationalismus! Es gibt kein Recht auf

nationalistische Verblendung! Blockiert KAGIDA!

Wir rufen alle antifaschistischen, internationalistischen, antirassistischen, antikapitalistischen und solidarischen Menschen auf, am Montag dem 01.12.2014 um 18.00 Uhr zum Scheidemannplatz in Kassel zu kommen und mit der Blockade von KAGIDA ein deutliches Zeichen gegen JEDE Form von Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie, Faschismus, Intoleranz und Dummheit zu setzen.

Achtet auf aktuelle Infos zur Mobilisierung und Protestaktionen:

https://www.facebook.com/REVOLUTION.KS?fref=ts

https://www.facebook.com/pages/Neue-antikapitalistische-Organisation-NaO-Kassel/425151077622579?fref=ts